

Ad. F. B.: Der 8 stündige normal
arbeitsag. 8.-10. Kap. 1896

1921 I

1396

Der
achtstündige Normalarbeitstag.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

bei der

philosophischen Fakultät der Universität Leipzig

von

Friedrich Bernhard Rost.

Leipzig, Dunder & Humblot. 1896.

d

1921 I 1396

Die vorliegende Dissertation enthält das 8.—10. Kapitel meiner als 1. Heft des 3. Bandes der Staats- und socialwissenschaftlichen Beiträge, herög. von A. v. Miaszkowski, im Verlage von Duncker & Humblot in Leipzig demnächst erscheinenden Arbeit „Der achtfündige Normalarbeitstag“.



Dem Andenken
seines theuren Vaters

in kindlicher Liebe

gewidmet

vom Verfasser.

I. Einführung des Achtstundentages.

Im vorhergehenden Kapitel ist die Möglichkeit resp. Notwendigkeit der Durchführung des Achtstundentages oder doch einer anderweitigen Verkürzung der Arbeitszeit erwiesen worden. Es schließt sich daran die Frage, auf welchem Wege sich dieselbe am einfachsten und sichersten erreichen lassen würde.

Im allgemeinen müssen wir drei Wege unterscheiden:

- a. Freiwillig durch die Unternehmer selbst;
- b. durch Arbeiter resp. durch deren Organisationen;
- c. durch den Staat auf dem Wege der Gesetzgebung.

a. Freiwillig durch die Unternehmer selbst.

Bei einer Einführung des Normalarbeitstages durch die Unternehmer würde eine Reihe von Schwierigkeiten vermieden werden, die sich auf den beiden anderen Wegen geltend machen könnten: einerseits würden die erbitterten Kämpfe zwischen Arbeitgebern und -nehmern, die oft zu einer Schädigung der Gesamtindustrie des Landes führen, wegfallen und damit eine gewisse Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung garantiert sein; andererseits würde der Unternehmer es am besten verstehen, die Neuerung den individuellen Verhältnissen seines Etablissements anzupassen, während bei einer auf gesetzlichem Wege vorgenommenen Reform sich nur zu oft eine schablonenhafte Behandlung der Dinge einstellen würde.

Aber freilich würde, falls die Reduktion der Arbeitszeit in das bloße Belieben der Unternehmer gestellt wäre, jede irgendwie ausreichende Garantie dafür fehlen, daß sie wirklich in größerem Umfange vorgenommen würde. Den Arbeiterschutz in

die Hände der Unternehmer legen, hieße den Arbeiterschutz demjenigen überlassen, vor dessen Willkür der Arbeiter in der Hauptsache geschützt werden soll.

Aus dem Wesen des Unternehmers ergibt sich naturgemäß das Streben nach einem möglichst großen Unternehmergewinn. Glaubt der Unternehmer Verlust befürchten zu müssen, ohne daß sich ihm zugleich Ausichten auf Gewinn eröffnen, so wird er sich kaum zu Änderungen in der bisherigen Arbeitszeit entschließen. Nur in dem Falle, wo er ohne besonderes Risiko einen Gewinn zu erzielen hofft, ließe eine solche sich von ihm erwarten.

So finden wir sehr häufig Arbeitszeitkürzungen in Zeiten ungünstiger Konjunkturen. Der Unternehmer wird in solchen Zeiten bedacht sein, seine Produktion einzuschränken und als Mittel hierzu bleibt ihm nur eine Verkürzung der Arbeitszeit, wenn er seine Arbeiter nicht entlassen will. Derartige Reduktionen müssen wir von vornherein aus dem Kreis unserer Betrachtung ausschneiden, da sie fast ausnahmslos eine entsprechende Lohnreduktion zur Folge haben und bei günstigerer Lage des Weltmarktes gewöhnlich von dem Unternehmer rückgängig gemacht werden¹.

Nur solche Reduktionen der Arbeitszeit können für unsere Untersuchung in Frage kommen, die die materielle Lage der Arbeiter nicht verschlechtern und zugleich die Garantie der Dauer in sich tragen.

Es handelt sich also um diejenigen Fälle, in denen ohne Schädigung der Arbeiter dem Unternehmer ein dauernder, direkter oder indirekter Gewinn erwächst.

Direkten Vorteil würde er aus einer solchen Verkürzung der Arbeitszeit ziehen, wenn sie die Arbeitsleistung des Arbeiters steigert oder doch nicht verringert. In letzterem Falle würde der Vorteil des Arbeitgebers nur darin bestehen, daß er an Betriebskosten sparen würde, indem er z. B. für Licht, Heizung und Beaufsichtigung weniger zu verausgaben brauchte, im ersteren Falle würde zu diesen Ersparnissen sogar noch eine absolute Steigerung der Produktion treten.

¹ So reduzierten die Strumpffabrikanten in Thalheim bei Chemnitz vor kurzem unter Hinweis auf die ungünstige Geschäftslage die mehrfach übliche Arbeitszeit von 13 Stunden auf 8 Stunden. Vgl. Jahresberichte der Königlich Sächsischen Gewerbeinspektoren für 1893, Dresden 1894, S. 35.

Von derartigen Erwägungen geleitet, reduzierten, wie wir früher sahen, in verschiedenen Staaten die Inhaber einiger großer Firmen freiwillig die Arbeitszeit ihrer Arbeiter¹. In der Regel war der aus der größeren Arbeitsleistung der Arbeiter resultierende Vorteil zurückzuführen auf die größere Arbeitsfrische und -freudigkeit, sowie auf das pünktlichere Erscheinen der Arbeiter, namentlich aber darauf, daß es unnötig wurde, den Arbeitern eine Pause für das Frühstück zu gewähren, das sie fortan vor Beginn der Arbeit zu Hause einnehmen konnten. Dadurch fiel eine Unterbrechung der Arbeit, die immer beim Kommen und Gehen einen Ausfall an Arbeitsleistung mit sich bringt, weg. Demgegenüber wollte der Ausfall der Stunden vor der Frühstückspause, in denen erfahrungsgemäß die Arbeitsleistung wenig wertvoll ist, nicht viel bedeuten.

Ferner könnte der Unternehmer zu einer Kürzung der Arbeitszeit sich entschließen, wenn er von derselben einen indirekten Vorteil erwartet.

Die Beweggründe können in diesem Falle verschiedener Art sein. Einmal kann durch Einführung einer kürzeren Arbeitszeit es dem Unternehmer ermöglicht werden, den Betrieb seines Etablissements rationeller zu gestalten. Hierher gehört z. B. die Einführung doppelter oder dreifacher Schichten, an Stelle der bisherigen einfachen Schicht.

So erfreuen sich heute die Kohlenhauer von Northumberland und Durham einer täglichen Arbeitszeit, die nicht länger als $6\frac{1}{2}$ —7 Stunden ist. Erfahrungsgemäß kann nämlich in den dortigen Bergwerken der Hauer die Kohlen weniger rasch gewinnen, als sie der Hülfsarbeiter fortzuschaffen vermag. Was ein Kohlenhauer ungefähr in 13 Stunden abschlägt, kann von einem Hülfsarbeiter in 10 Stunden fortbefördert werden. Dieser Umstand hat die Besitzer veranlaßt, an Stelle der neunstündigen Arbeitszeit der Hauer zwei Schichten von je $6\frac{1}{2}$ Stunden zu setzen.

Ein indirekter Vorteil würde auch dem Unternehmer aus einer Kürzung der Arbeitszeit erwachsen, wenn es ihm gelänge, durch dieselbe die Sympathien und die Kundenschaft der Arbeiterorganisationen zu erhalten. Einen derartigen Versuch machten

¹ Vgl. oben S. 101 u. 102.

vor einigen Jahren die Inhaber der Firma Green, Mac Allan & Feilben, Buchdrucker und Graveure in London, wie man dem Bericht, den dieselben Sidney Webb und Harold Cox, den Verfasser des bekannten Werkes „The Eight Hours Day“, erstatteten, entnehmen kann¹. Da jedoch der erwünschte Erfolg ausblieb, kehrte die Firma wieder zur früheren Arbeitszeit zurück.

Schließlich kann es auch in Zeiten günstiger Konjunkturen unter Umständen dem Unternehmer vorteilhaft erscheinen, die Rentabilität seines Etablissements freiwillig herabzudrücken. Die übermäßig hohen Gewinne, die vereinzelt in solchen Zeiten erzielt werden, können leicht Neugründungen von Fabriken in dem betreffenden Industriezweige zur Folge haben und somit eine Überproduktion bewirken, die dem Unternehmer einen um so größeren Verlust bringen würde.

Ob freilich in allen Fällen, in denen der Unternehmer aus der Reduktion der Arbeitszeit einen Vorteil, sei es einen direkten oder indirekten, ziehen könnte, eine solche tatsächlich erfolgt, wird einmal abhängen von dem Grade der Intelligenz des Arbeitgebers und sodann, und nicht zum mindesten, von dem Verhältnis, in welchem letzterer zu seinen Arbeitern steht. Wenn man erwägt, wie schwierig es oft ist, die Folgen einer wirtschaftlichen Maßregel zuvor genau anzugeben, wie groß ferner die Abneigung der Unternehmer gegen jede Forderung der Arbeiter ist, die Gegenstand der Agitation seitens der Socialdemokratie bildet, so wird man ermessen können, wie wenige Arbeitgeber sich herbeilassen würden, derartige Reformen freiwillig durchzuführen, selbst wenn ihnen aus denselben Vorteile erwachsen könnten.

Und selbst in den wenigen Fällen, in denen die Arbeitszeitkürzungen wirklich vorgenommen werden, erfolgten sie schwerlich unter dem Gesichtspunkt der Schutzbedürftigkeit der Arbeiter. Es ließe sich wohl denken, daß die betreffenden Arbeiter weniger schutzbedürftig seien, als andere Arbeiter, die eine weit längere Arbeitszeit haben und somit eine Beschränkung ihrer Arbeitsstunden in viel höherem Grade bedürfen.

In der Regel wird aber eine für den Arbeiter vorteilhafte Reduktion der Arbeitszeit nicht im Interesse des Unternehmers

¹ Vgl. Sidney Webb and Harold Cox p. 259—261 und die Äußerung Brentanos in seiner Abhandlung: Über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung, Leipzig 1893. S. 79.

liegen und somit an eine solche nicht gedacht werden können. Es gilt dies namentlich für hochkultivierte Staaten mit relativ kurzen Arbeitszeiten. Freilich soll nicht geleugnet werden, daß vereinzelte Unternehmer, die es für eine Pflicht hielten, nach Kräften für das Wohl ihrer Arbeiter zu sorgen, deren Arbeitszeit freiwillig reduziert haben. Aber ihre Zahl ist im Verhältnis zu der der übrigen, die die geschäftsmännische Seite des Unternehmertums ausschließlich betonen, doch eine verschwindend kleine.

Das Vorgehen Owens, der um das Jahr 1810 die Arbeitszeit seiner Arbeiter von 17 auf 10 Stunden reduzierte¹, blieb ganz vereinzelt. Fast umsonst waren seine Bemühungen, seine Kollegen zu gleichen Maßnahmen zu veranlassen.

Und ebenso wenig wie damals sind heute Aussichten vorhanden, daß durch das Vorgehen einzelner humaner Arbeitgeber sich die anderen verpflichtet fühlen würden, die Arbeitszeit ihrer Arbeiter zu reduzieren.

Ein großer Teil der Unternehmer würde hierzu, selbst wenn sie zu humanen Reformen in ihren Betrieben geneigt wären, gar nicht imstande sein. Ist doch die Konkurrenz in unserer Zeit, namentlich für die kleinen Unternehmer, so verschärft, daß der Arbeitgeber eine auch noch so kleine Reduktion seines Gewinnes in vielen Fällen nicht zu tragen in der Lage ist. Im Großbetrieb aber, der unter relativ günstigen Bedingungen arbeitet und daher den Arbeitern noch am ehesten Vorteile gewähren könnte, ist die Aktiengesellschaft die weitaus vorherrschende Unternehmungsform. Die geschäftsführenden Organe dieser Etablissements würden aber, auch wenn sie Humanität üben möchten, eine Reduktion des Gewinnes, die lediglich aus Humanitätsgründen vorgenommen wäre, ihren Aktionären gegenüber kaum verantworten können.

Der Konkurrenzkampf, der nach Einführung des Großbetriebes zunächst den Kleinbetrieb in eine bedrängte Lage gebracht hat, wird allem Anschein nach mit der Zeit sich derartig verschärfen, daß selbst die größten Betriebe an seinen nachteiligen Folgen zu leiden haben. Die schließliche Folge wird sein eine Kartellierung aller Betriebe eines bestimmten Industriezweiges

¹ Vgl. Mrs. Sidney Webb (Beatrice Potter), Die britische Genossenschaftsbewegung (Hrsg. von E. Brentano), Leipzig 1893, S. 11.

und zuletzt der feste Zusammenschluß derselben zu einer einzigen großen Gesellschaft unter einheitlicher Verwaltung. In den Trusts der Vereinigten Staaten treten uns derartige große Vereinigungen bereits in unserer Zeit entgegen¹. Ist aber die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates erst in das Stadium getreten, in welchem Kapital und Arbeit einander schroff gegenüber stehen, dann kann von einer humanen Stellungnahme der Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitern kaum mehr die Rede sein. Mindestens bestätigen dies die Erfahrungen, die mit den nordamerikanischen Trusts gemacht worden sind. Und doch ist eine „alle Arbeitgeber beseelende humane Gesinnung“ die unbedingt notwendige Voraussetzung für den Fall, daß der Achtekündentag resp. eine Verkürzung der Arbeitszeit als Arbeiterschutzmaßregel von den Unternehmern eingeführt werden sollte².

Begründete Aussicht, daß die Einführung des Achtekündentages in größerem Umfange von dem Unternehmer in die Hand genommen werde, ist nur für eine Gruppe von Betrieben vorhanden, für die staatlichen. Der Staat hat ein weit größeres Interesse an der Wohlfahrt seiner Arbeiter als der Privatunternehmer. Denn die Wohlfahrt seiner Unterthanen und somit auch seiner Arbeiter zu pflegen, ist eine seiner vornehmsten Aufgaben. Es ist also nicht zufällig, wenn in vielen der Fälle, in denen der Achtekündentag eingeführt ist, der Staat hierzu die Initiative ergriffen hat.

So ist in der australischen Kolonie Victoria für alle Arbeiter in Regierungswerkstätten der Achtekündentag eingeführt worden, ebenso in Portugal für die Arbeiter in den staatlichen Tabakmanufakturen. Auch in den Vereinigten Staaten sind von der Bundesregierung seit dem Jahre 1868 wiederholt Versuche gemacht worden, den Achtekündentag für die in staatlichen Etablissemments beschäftigten Arbeiter zur Durchführung zu bringen. Doch sind die bisher erlassenen Gesetze sehr häufig umgangen worden, so daß am 1. August 1892 die Bundesregierung sich genötigt sah, zur exakten Durchführung des Achtekündentages ein neues,

¹ Vgl. über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande, Leipzig 1894, V. Industrielle Unternehmer- und Unternehmungsverbände in den Vereinigten Staaten von Leddy v. Halle.

² Vgl. Schönberg, Handbuch der politischen Ökonomie, 2. Band, Volkswirtschaftslehre, 2. Teil, Tübingen 1891, S. 713.

in schärferer Form als die früheren, abgefaßtes Gesetz zu erlassen. Über seine Wirkung läßt sich zur Zeit noch nichts berichten.

In neuester Zeit, anfangs des Jahres 1894, ist in England der Achtstundentag in den Arsenalwerkstätten von Woolwich, Enfield und Birmingham und für die Zuschneider in der Monturfabrik in Pimlico vom Kriegsminister eingeführt worden¹. Bereits im Juli desselben Jahres konnte der Finanzsekretär im Kriegsministerium erklären, daß der Achtstundentag wider Erwarten günstige Folgen gehabt habe: die Arbeiter verdienten mehr Lohn bei der jetzigen achtstündigen Arbeitszeit, als bei der früheren neunstündigen.

Brentano glaubt, daß das gute Beispiel des Staates, mit dem dieser in seinen eigenen Betrieben und Werkstätten vorangehe und der Ausspruch der richtigen Grundsätze desselben durch seine ersten Diener auch die privaten Unternehmer zu einer Beschränkung der Arbeitszeit ihrer Arbeiter veranlassen werde. Dies steht jedoch kaum zu erwarten. So ist in den Vereinigten Staaten zu wiederholten Malen der Achtstundentag vom Staate zum allgemeinen Normalarbeitstag für den Fall erhoben worden, daß Unternehmer und Arbeiter keine anderweitigen Vereinbarungen treffen sollten, und doch hat diese Bestimmung nirgends praktische Konsequenzen nach sich gezogen.

Nur insofern wird eine Einführung des Achtstundentages in den staatlichen Betrieben von großer Bedeutung für die gesamte Achtstundenbewegung werden, als sich die hierbei gesammelten Beobachtungen und Erfahrungen verwerten ließen für spätere, auch die Privatindustrie betreffende Maßnahmen.

b. Durch die Gewertvereine.

Da an eine allgemeine Einführung des Achtstundentages resp. einer Verkürzung der Arbeitszeit aus eigenem Interesse oder aus Humanität der Arbeitgeber nicht zu denken ist, so bedarf es der Untersuchung, ob vielleicht die Arbeiterschaft selbst imstande ist, ihre eigenen Interessen zu schützen und wahrzunehmen.

Im allgemeinen ist ihr gegenwärtig wenigstens die formale Möglichkeit gegeben, dies innerhalb der gesetzlichen Schranken zu

¹ Vgl. The Labour Gazette, Vol. II, 1894, Nr. 2 u. 3.

thun. Besitzen doch die Arbeiter in fast allen Kulturstaaten das Recht, sich zum Zwecke der Vertretung ihrer Interessen zu koalieren und zu Gewerkvereinen zusammenzuschließen.

Man darf freilich nicht vergessen, daß die Arbeiter von dem ihnen zustehenden Rechte in Wirklichkeit nur dann Gebrauch machen werden, wenn die Unzufriedenheit unter ihnen tiefe Wurzeln geschlagen hat und die Arbeiter einen gewissen Grad geistiger Reife erlangt haben, der sie zu der Erkenntnis bringt, daß eine Verbesserung ihrer Lage nur durch gegenseitigen Zusammenschluß und durch eine Unterordnung der Sonderinteressen des einzelnen unter die gemeinsamen Interessen aller möglich ist.

Diese Bedingungen aber werden nur eintreten in Ländern, in denen die Industrie ein höheres Stadium der Entwicklung erreicht hat. In Staaten, in denen das Handwerk noch überwiegt, wird bei der großen Zahl und der geringen Ausdehnung der Betriebe und bei der starken lokalen Decentralisation derselben eine Gesamtorganisation der Arbeiter sich kaum ermöglichen lassen und somit auch von einer energischen Vertretung der Interessen des Arbeiterstandes durch die Arbeiter selbst nicht die Rede sein können. Erst der Großbetrieb erzeugt durch die Zusammenhäufung der Arbeiter unter gleichen Lebensbedingungen an wenigen Industriezentren das Klassenbewußtsein der Arbeiter und schafft die Grundlagen für die großen Vereinigungen, welche imstande sind, den Kampf mit dem Kapitale aufzunehmen.

Damit hängt es zusammen, daß die Einführung des Achtstundentages durch die Arbeiterschaft selbst zuerst und ganz vornehmlich in Ländern mit einer hochentwickelten Großindustrie angestrebt wurde. Besonders kommen hierbei inbetracht England und die beiden in der Hauptsache von ihm kolonisierten Staaten, Nordamerika und Australien.

Um beurteilen zu können, ob die Einführung des Achtstundentages durch die Arbeiter selbst in Zukunft Erfolge verspricht, wird man sich vergegenwärtigen müssen, welche Resultate bisher die auf eine Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt gerichteten Bestrebungen der Arbeiterschaft gehabt haben. Die hieraus gewonnenen allgemeinen Ergebnisse werden uns gestatten, Schlüsse zu ziehen auch auf die künftige Durchführung des Achtstundentages.

Die größten Erfolge auf dem Wege des Selbstschutzes der

Arbeiter hat Australien aufzuweisen. Hier haben es die Arbeiter, resp. deren Gewerksvereine verstanden, sich aus eigener Kraft die günstigsten Arbeitsbedingungen zu verschaffen, sowohl was die Lohnhöhe, als auch besonders, was die Arbeitszeit anlangt. Ist hier doch der Achtstundentag bereits in vielen Gewerben durch sie eingeführt. Doch sahen wir oben¹, daß in Australien zu eigenartige wirtschaftliche Verhältnisse vorlagen, als daß wir sie als maßgebend für andere Staaten ansehen dürften.

Das Land, in welchem die Organisationen der Arbeiterschaft am längsten bestehen und ihre größte Ausdehnung erlangt haben, ist England.

Brentano und seine Gefinnungsgeoffen schreiben die relativ günstige Lage, in welcher sich gegenwärtig die englischen Arbeiter im Vergleich zu denen anderer Staaten befinden, ausschließlich der Wirksamkeit dieser Arbeitervereinigungen zu. Sie versprechen sich auch für die Zukunft von ihrer Thätigkeit die günstigsten Erfolge und erwarten in allen Ländern eine Lösung der socialen Probleme nicht sowohl von dem Eingreifen des Staates, als von der freien Selbsthülfe der Arbeiter im Verein mit dem in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse handelnden Unternehmer. Ja, sie geben sich der Hoffnung hin, daß auf diesem Wege die Einigung über die gegenwärtig bestehenden Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in durchaus friedlicher Weise werde vollzogen werden. Die Schieds- und Einigungskammern hält Brentano für die geeignete Organisation, etwaigen Konflikten vorzubeugen². Nur will er, daß an die Stelle der juristischen Beamten, die gegenwärtig das Schiedsrichteramt versehen, Vertreter der Arbeiterschaft einerseits, der Arbeitgeber andererseits treten. Sie sollten miteinander über die Forderungen der Arbeiter verhandeln und unter sorgfältiger Berücksichtigung der Weltmarktslage, sowie gestützt auf die konkrete Machtstellung, die ihnen innewohnt, die Arbeitsbedingungen feststellen. Es habe sich dies Verfahren der „Negotiation“ bereits bewährt in England in der Kohlenindustrie von Durham und Northumberland und in Deutschland im Buchdruckergewerbe.

¹ Vgl. oben S. 98.

² Brentano, *Arbeits Einstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrages*, Schriften des Vereins f. Socialpolitik, Leipzig 1890, S. XXIX—L.

Die staatliche Gesetzgebung soll nach Brentano nur sekundär eingreifen: sie soll der von den beiden Interessentenorganisationen getroffenen Regelung der Arbeitsbedingungen durch entsprechende Gesetze bindende Kraft verleihen. Am besten könne dies geschehen durch den Erlass eines Gesetzes, welches bestimme, daß das Korporationsvermögen für die Erfüllung der vereinbarten Arbeitsbedingungen seitens ihrer Mitglieder hafte.

Zur Zeit, als Brentano diese Überzeugungen aussprach, stand der Trade-Unionismus in England in seiner schönsten Blüte. Der Socialismus — der seiner Natur nach einem friedlichen Ausgleich von Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zuwiderläuft — hatte in der englischen Arbeiterschaft noch wenig Eingang gefunden, vielmehr huldigte die Mehrzahl der Arbeiter dem liberalen Unionismus.

Aber Brentano hat zu voreilig aus den damaligen Zuständen Folgerungen für die Zukunft gezogen, indem er sich der Hoffnung hingab, daß die Gewerkvereine auch für alle Zukunft ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft Englands behalten und liberal gesinnt bleiben würden.

Die optimistischen Erwartungen Brentanos sind durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden.

Die Erfahrungen, die man mittlerweile mit den Gewerkvereinen gemacht hat, beweisen nur zu sehr, daß ihr Charakter im Laufe des letzten Jahrzehntes ein völlig anderer geworden ist. Ein Ereignis sollte hierzu den wesentlichen Anstoß geben: Es war der Zusammenschluß der englischen ungelerten Arbeiter, der großen Masse der Arbeiterschaft, zu Arbeitervereinigungen, deren Wesen im grundsätzlichen Gegensatz zu dem der bisherigen englischen Gewerkvereine steht. Diese neueren Gewerkvereine standen von vornherein, in der Einsicht, daß sie nicht die genügenden finanziellen Mittel besäßen, um den Unternehmerverbänden mit Nachdruck gegenüberzutreten, auf dem Boden des Socialismus.

Der Einfluß, den sie ausübten, erstreckte sich bald auch auf die bereits bestehenden älteren Gewerkvereine. Da die neueren Gewerkvereine sich als radikaler erwiesen, als die ersteren, so gelang es ihnen, seit dem Jahre 1889 von den älteren Gewerkvereinen einen nach dem andern unter ihre Abhängigkeit zu bringen.

Nur die Elite aller Gewerkvereine, die englischen Bergarbeitervereinigungen von Durham, Northumberland und Cleveland,

sowie der deutsche Buchdrucker-Gesellenverein schien sich den Lehren des Socialismus nach wie vor zu verschließen. Doch auch sie sollten schließlich ihren Charakter verlieren und ins socialdemokratische Lager übergehen.

Nach dem mißlungenen Streik von 1891 fiel zunächst der Verband der deutschen Buchdrucker-Gehülfen dem Socialismus anheim. Und neuerdings steht vielleicht das gleiche zu erwarten von der Hochburg des socialen Liberalismus in England, den drei Trade-Unions der drei nordöstlichen Grafschaften Englands, Northumberland, Cleveland und Durham, die sich zu der „Miners National Union“ mit dem Sitze in Newcastle unter der Leitung des Parlamentsmitgliedes Burt vereinigt haben.

Am 12. März 1892 begann der Durhammer Kohlenarbeiterstreik, der eine solche Verstimmung zwischen den Bergarbeitern und Unternehmern hervorrief, daß es schwer halten wird, die genannten Trade-Unions in Zukunft vor den immer höher gehenden Fluten des Socialismus zu bewahren. Wenigstens wird wahrscheinlich der Durhammer Gewerksverein, die „Durham Miners-Association“, dem Socialismus anheimfallen.

Reismann-Grone, der über diese Frage durch persönliche Orientierung an Ort und Stelle besonders unterrichtet ist, äußert sich hierüber folgendermaßen: „Der Bergarbeiterstreik von Durham bildet in der Umgestaltung der älteren Gewerksvereine einen historisch wichtigen Moment, er bereitet den Abfall der bestorganierten Trade-Union an den Socialismus vor¹.“

Der tiefere Grund des Übertritts der bisher social-liberalen Gewerksvereine in das socialistische Lager liegt in der sich den Arbeitern mehr und mehr mit Macht aufdrängenden Überzeugung, daß das bisherige friedliche Einvernehmen mit den Arbeitgebern auf dem Wege des Schieds- und Einigungsverfahrens sich nicht mehr werde halten lassen. In der That ist nicht einzusehen, wie durch das Verfahren — in der Art, wie es sich Brentano denkt — irgendwie der Schutz der Interessen des Arbeiterstandes garantiert sein soll. Indem die Arbeitsbedingungen geregelt werden nach den Konjunkturen des Weltmarktes und nach der jeweiligen Position, die Arbeitgeber und -nehmer behaupten, ist die wirtschaftliche Macht, über die die eine oder andere Partei verfügt,

¹ Reismann-Grone, Die Arbeitseinstellungen auf den Kohlengruben Durhams im Jahre 1892, Essen 1892, S. 85.

allein maßgebend für die Gestaltung des Arbeitsvertrages, nicht die nötige Rücksichtnahme auf das Wohl der Arbeiter. Da aber die Konjunkturen des Weltmarktes in der Regel dem Unternehmer besser bekannt sind, als dem Arbeiter, und da ferner die Machtstellung der Arbeitgeber heute im allgemeinen eine stärkere ist, als die der Arbeitnehmer, so werden die Arbeiter fast ausnahmslos den kürzeren ziehen. Die Brentano'sche Theorie setzt also voraus eine alle Unternehmer beseelende Humanität und ferner hochintelligente Arbeiter, die imstande sind, die schwierigsten ökonomischen Fragen zu verstehen.

Und selbst wenn der Unternehmer das gute Einvernehmen mit seinen Arbeitern aufrecht erhalten wollte und diese die verwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse verstehen würden, so fragt es sich doch noch, ob ersterer seinen Leuten einen tieferen Einblick in die finanzielle Lage seines Betriebes gewähren könnte. Liegt doch die Gefahr vor, daß die Arbeiter die Geschäftsgeheimnisse der betreffenden Fabrik nach ihrem Ausscheiden aus derselben den Konkurrenten ihres bisherigen Arbeitgebers offenbaren könnten.

Man wird sich also vor einer übertriebenen Wertschätzung der Wirksamkeit der Einigungskammern hüten müssen. Auch die Erfolge, die die englische Arbeiterschaft scheinbar durch sie in früheren Zeiten errungen hat, sind weniger auf ihre Thätigkeit, als auf andere Faktoren, die günstige Lage des Weltmarktes und das durch Humanität oder andere Utilitätsgründe bewirkte freiwillige Entgegenkommen der Arbeitgeber zurückzuführen.

Die Anhänger des socialen Liberalismus führen als Hauptargument für die Richtigkeit ihrer Theorien die günstige Lage der Northumberlander Bergarbeiter an. Diese hätten aus eigener Kraft, ohne Mitwirkung des Parlamentes die Arbeitszeit der Hauer auf $6\frac{1}{2}$ Stunden täglich zu reduzieren vermocht. Wichtig ist zwar, daß sie diese ungemein kurze Arbeitszeit ohne Mitwirkung des Parlamentes für ihre Hauer reduziert erhalten haben, nicht aber aus eigener Kraft. Webb bestreitet überhaupt, daß die Northumberlander Bergleute besser organisiert seien, als die Arbeiter in anderen Teilen des Königreichs. Wenn ihre Gewerkvereine so mächtig seien, wie erkläre es sich, daß sie bloß für die Hauer die Arbeitszeit so beträchtlich zu reduzieren vermocht hätten und nicht auch für die anderen unter Tage beschäftigten Arbeiter, deren Arbeitszeit noch heute 10—11 Stunden beträgt. Die Kürze der

für die Hauer bestehenden Arbeitszeit erklärt sich in der That nicht aus dem zielbewußten Vorgehen der Northumberlander Gewerkvereine, sondern, wie wir oben sahen, aus der Organisation des dortigen Bergbetriebes¹.

Auch darf man nicht übersehen, daß häufig die Lage der Arbeiter eine Besserung, im besonderen ihre Arbeitszeit eine Kürzung erfahren hat auf indirektem Wege infolge von Maßnahmen des Staates, die nicht unmittelbar auf sie gerichtet waren.

So bewirkten die Beschränkungen der Arbeitszeit der Frauen und jugendlichen Personen auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit der Männer in der Textilindustrie, da die Arbeit der Frau und des Mannes sich hier ergänzen.

Man sieht, es fehlt jede Aussicht dafür, daß es den Organisationen der Arbeiterschaft in Zukunft gelingen werde, den Achtstundentag auf dem Wege friedlichen Übereinkommens mit den Unternehmern zur Durchführung zu bringen. Soll seine Einführung gleichwohl von der Arbeiterschaft selbst ins Werk gesetzt werden, so würde das nur möglich sein durch einen mit den Unternehmern geführten erbitterten Kampf, in der Form des Streikes.

Jeder Streik bedeutet aber einen privatwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und socialen Schaden.

Einen privatwirtschaftlichen Schaden bringen die Streiks den direkt beteiligten Personen, den Arbeitern und Unternehmern.

Der streikende Arbeiter, der plötzlich brotlos geworden ist, gerät, nachdem er seinen letzten Sparpfennig für seinen und seiner Familie Unterhalt ausgegeben hat, leicht in Not. Die Unterstützungen seitens der Vereinskasse, durch öffentliche Sammlungen oder private Mildthätigkeit vermögen wohl das Elend zu mildern, den regelmäßigen Lohnverdienst werden sie aber nie ersetzen.

Der Unternehmer wiederum kann in Zeiten des Streiks die Bestellungen seiner Kunden nicht ausführen und verliert während desselben seine bisherigen Einnahmen, wiewohl doch seine Aus-

¹ Vgl. oben S. 167. Es erschien den Unternehmern rationell, an Stelle der früheren neunstündigen Arbeitszeit der Hauer zwei Schichten von je 6½ stündiger Dauer einzuführen, da das Kohlenquantum, welches in 13 Stunden gewonnen wird, von einem Hilfsarbeiter bei zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit gerade fortgeschafft werden kann.

gaben mit Ausnahme des Ausfalles an Arbeitslohn fast die gleichen bleiben wie zuvor oder gar eine Steigerung erfahren. Das in seinem Unternehmen investierte Kapital muß nach wie vor verzinst und amortisiert werden, ja vielleicht in noch stärkerem Maße, als bei regelmäßiger Arbeit, denn es leidet durch einen Streik oft noch besonderen Schaden. Eine Maschine, die ohne jede Bedienung monatelang still steht, kann verrosten. In vielen Fällen ferner leiden oder verderben die zu verarbeitenden Rohmaterialien, wenn sie länger lagern müssen, als vorherzusehen war. In den Bergwerken ersaufen die wasserführenden Gruben, wenn die Pumpwerke nicht fortwährend das eindringende Wasser entfernen, derart, daß nach Beendigung eines Streiks oft monatelang erst an der Entsumpfung der Gruben gearbeitet werden muß, ehe der volle Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Schließlich können die Ausgaben des Unternehmers im Falle eines Streiks noch eine außerordentliche Steigerung durch Leistung von Konventionalstrafen erfahren, sobald er sich verpflichtet hat, einen Auftrag bis zu einem bestimmten Termine auszuführen und durch den Ausbruch des Streiks daran verhindert wird.

Auch abgesehen von solchen außerordentlichen Schäden brachte beispielsweise der Durhammer Bergarbeiterstreik den Grubenbesitzern einen Verlust von circa 15 000 000 sh., den Arbeitern einen solchen von 26 000 000 sh.

Ein Streik schlägt aber auch dem gesamten wirtschaftlichen Leben eines Volkes tiefe Wunden. Die Folge eines zu Gunsten des Achtstundentages in einem Industriezweige veranstalteten Streiks würde sein ein starkes Steigen der Preise der in diesem Gewerbe produzierten Waren. Konkurrirt in demselben ein Staat mit fremden Staaten, so würden diese den Ausfall durch verstärkte Ausfuhr zu decken suchen. Das Ausland würde also in diesem Falle den Vorteil aus dem Streike ziehen. Für den betreffenden Staat würde aber die Folge eines derartigen Ausstandes eine Verschlechterung der Handelsbilanz sein. Und nicht minder schlimme Folgen würden sich geltend machen für den Fall, daß der Staat in bezug auf die Erzeugung einer Ware ein faktisches Monopol besäße, andere Länder also von der Konkurrenz ausgeschlossen wären. Alsdann würde eine so ungeheure Steigerung des Preises solcher Waren erfolgen, daß der Konsum bedeutend abnehmen müßte. In beiden Fällen also würde die Gesamtheit des Volkes geschädigt werden.

Wir sehen, daß die Agitation für den Achtstundentag heute am stärksten unter den Bergarbeitern betrieben wird. Würden diese in einem Lande den Achtstundentag auf dem Wege eines Streiks durchzusetzen suchen, so wäre die unabwendbare Folge ein gewaltiges Steigen der Kohlenpreise. Die Konsumenten, in diesem Falle alle Schichten des Volkes, hätten die höheren Kohlenpreise zu zahlen, sowohl direkt beim Einkauf von Kohlen für den Hausbedarf, als auch indirekt in Form eines den höheren Kohlenpreisen entsprechenden Preisaufschlages auf alle Waren, zu deren Erzeugung Kohlen notwendig sind.

Gleichzeitig würde sich bei den gestiegenen Kohlenpreisen der Preis der Konsumenten verringern. Der arme Mann würde seinen Kohlenbedarf auf das äußerste beschränken müssen. Gewerbliche Etablissements, die mit dem Auslande konkurrieren müßten, würden vielleicht durch die übermäßig hohen Kohlenpreise ihre Produktionskosten so sehr erhöhen, daß sie konkurrenzunfähig würden und den Betrieb einstellen müßten. So wurde nach dem Ausbruch des Durham Bergarbeiterstreiks trotz 30prozentiger Ermäßigung der Frachttarife der Eisenbahnen in sämtlichen Fabriken der Grafschaft Durham, ja selbst in den Erzgruben, Hochöfen und Walzwerken des benachbarten Cleveland, welches seine Kohlen von Durham bezieht, der Betrieb eingestellt, so daß außer den 92 000 Durham Bergarbeitern noch circa 100 000 Arbeiter anderer Gewerbe brotlos wurden.

Und ganz natürlich würde die Einstellung von Fabriken zu einer Steigerung des Preises der von ihnen produzierten Waren führen. Zum mindesten würde der Konsument die Transportkosten, welche die Beschaffung der Ware aus dem Auslande verursacht, dem Verkäufer in Form eines Preisaufschlages zum bisherigen Warenpreis vergüten müssen.

Es würde somit in unserem Zeitalter, in welchem fast jedes Gewerbe zur Produktion der Kohlen bedarf, ein in größerem Umfange vorgenommener Kohlenarbeiterstreik das ganze wirtschaftliche Leben eines Volkes höchst nachteilig beeinflussen und der Gesamtheit großen Schaden zufügen.

Es läßt sich leicht ermessen, daß ähnliche mehr oder weniger schlimme Wirkungen eintreten würden, wenn die Arbeiter anderer Industriezweige einen Gesamtstreik ins Werk setzten.

Die Volkswirtschaft ist mit einem Organismus zu vergleichen. Jeder Erwerbszweig bildet ein Glied desselben und hat

seine bestimmten Funktionen zu verrichten. Ein Glied fördert das andere, und durch das Zusammenwirken aller Glieder entsteht die Volkswirtschaft. Versagt ein Glied in seiner Funktion, so treten Störungen aller der Glieder ein, die von demselben in ihren Funktionen abhängen. Der Schaden, der einem Teile der Volkswirtschaft zugefügt wird, erstreckt sich in seinen Folgen auf das ganze Volk.

Nicht minder schlimm sind die Nachteile des Streiks in socialer Hinsicht. Der streikende Arbeiter, der in Not und Elend versetzt ist, schiebt alle Schuld an seinem Unglücke auf die Hartnäckigkeit des Unternehmers. Dieser dagegen wird sein äußerstes daran setzen, sich der Forderungen der Arbeiter zu erwehren. Denn anderenfalls liegt für ihn die Gefahr nahe, daß der Arbeiter später noch weitgehendere Forderungen aufstellt, denen er unmöglich nachkommen könnte. Bei häufiger Wiederholung derartiger Vorfälle muß schließlich das schon jetzt nichts weniger als intime Band zwischen Arbeitgeber und Arbeiter völlig gelöst und ein gegenseitiger Haß wachgerufen werden, der in einen mit höchster Erbitterung geführten Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen ausartet.

Für den Arbeiter bringt aber jeder Streik noch besondere Schäden socialer Art mit sich. Ohne jede Beschäftigung ergiebt sich der Arbeiter während des Streiks dem Müßiggange, der ihm nur zu bald zur lieben Gewohnheit wird. Unlust zur Arbeit, Gefallen am Aneipenleben, am Trinken, stellen sich rasch als weitere Folgen der Beschäftigungslosigkeit ein.

Im Kreise seiner Familie fühlt sich der Arbeiter um so unbehaglicher, als er während des Streiks die materielle Not und das Elend der Seinen sich täglich steigern sieht. Um nur das dürftige Leben fristen zu können, sieht sich der Arbeiter oft genötigt, seine Möbel und Wirtschaftsgeräte zu einem Spottpreise zu veräußern. Ein Streik von längerer Dauer führt somit in einer großen Zahl von Fällen zu einem völligen Ruin des Haushaltes der Arbeiter.

Auch in den Fällen, in denen die Arbeiter durch Streiks oder durch Androhung derselben eine Reduktion ihrer Arbeitszeit erzielen, sind ihre Erfolge doch nicht vollständige und nicht dauernde.

Einnmal würden die Arbeiter durch ihre eigenen Organisationen nur in Zeiten einer wirtschaftlichen Prosperität von dem Arbeit=

geber Zugeständnisse erhalten. In solchen Zeiten ließe sich der Unternehmer verhältnismäßig noch am ehesten bewegen, dem Arbeiter Konzessionen zu machen. Denn auf der einen Seite ermöglichen es ihm die hohen Gewinne, auf der anderen Seite kann ihn die Rücksicht auf die Thatsache leiten, daß durch eine Stundenreduktion der Überproduktion am besten vorgebeugt wird¹, indem hierdurch die Produktion in seinem Etablissement vermindert wird, und die Veranlassung zur Errichtung neuer Fabriken seitens anderer durch die freiwillige Reduktion des hohen Gewinnes hinwegfällt.

Diese Umstände waren es, die in England dazu geführt haben, daß die Lage der Arbeiter und die Länge ihrer Arbeitszeiten günstigere sind, als auf dem Kontinent.

Der ungeheure Aufschwung, den die englische Volkswirtschaft seit dem 18. Jahrhunderte nahm und der eine Anhäufung von Kapital, die ihresgleichen sucht, und im Zusammenhang damit einen relativ niederen Zinsfuß zur Folge hatte, machten die Produktionsverhältnisse Englands zu den denkbar günstigsten. Dazu kommen günstige äußere Bedingungen: es finden sich in vielen Teilen des Königreichs die Fundstätten der Kohlen- und Eisenerze in unmittelbarer Nähe des Meeres, so daß die Erzeugnisse der Kohlen- und Eisenindustrie fast ohne jede Eisenbahnfracht auf die Schiffe verladen werden können. So kam es, daß England bis vor kurzem mit seinen Produkten den Weltmarkt beherrschte und die Preise für dieselben seinen Käufern diktieren konnte. Niedere Produktionskosten und hohe Preise ihrer Erzeugnisse ermöglichten es den Unternehmern, ihren Arbeitern einen Teil des hohen Geschäftsgewinnes in Form der Reduktion der Arbeitszeit zugute kommen zu lassen.

Daß aber in Zukunft den englischen Arbeitern ein so günstiger Stern leuchten wird, wie in den letzten fünfzig Jahren, ist kaum anzunehmen. Heute gebietet England nicht mehr allein auf dem Weltmarkt, es muß sich mit Deutschland und Frankreich in die Herrschaft teilen, wenn es nicht in Zukunft vielleicht gar gezwungen sein wird, an diese die Herrschaft abzutreten. Wenigstens ist man geneigt, diesen Schluß aus der relativen Abnahme des englischen Handels zu ziehen.

Sollte sich diese Erwartung erfüllen, so würde das nicht

¹ Vgl. oben S. 168.

ohne Folgen bleiben auf die Arbeitszeiten der englischen Arbeiter. Keinerlei Garantie würde ihnen dafür geboten sein, daß nicht eine der Verschlechterung der Marktlage entsprechende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen — ihres Arbeitslohnes sowohl wie ihrer Arbeitszeiten — eintrete.

Zudem ist nicht zu übersehen, daß die günstigen Konjunkturen des Weltmarktes immer nur einem relativ kleinen Teile der Arbeiterchaft zugute kommen werden.

Nicht berührt würden durch dieselben die Geschicke der großen Masse der ungelerten Arbeiter.

Denn ihre Organisationen verfügen infolge des geringeren Lohnes ihrer Mitglieder über zu geringe Mittel, als daß sie die Arbeiter im Falle eines Streiks, selbst wenn er an sich unter günstigen Voraussetzungen geführt würde, längere Zeit unterstützen könnten. Zudem ist die Konkurrenz der ungelerten Arbeiter eine fast unbeschränkte, weil diese Arbeit, da sie keine besondere Vorbildung voraussetzt, von jedem Arbeiter geleistet werden kann. In den wenigen Fällen, in denen die ungelerten Arbeiter bisher Erfolge erzielt haben, sind dieselben daher nicht ihrer eigenen Kraft zuzuschreiben, sondern anderen Umständen, wie insbesondere der ihnen günstigen öffentlichen Meinung. Die beiden größten Streiks, aus denen sie siegreich hervorgingen, der Streik der Londoner Dockarbeiter im Jahre 1889 und der der Londoner Omnibusbediensteten 1891, hätten mit einer völligen Niederlage der Arbeiter geendigt, wäre ihnen nicht die öffentliche Meinung günstig gewesen. Daß die ungelerten Arbeiter, die selbst die mäßigsten und der öffentlichen Meinung als gerecht erscheinenden Forderungen nicht aus eigener Kraft durchzusetzen vermögen, sich jemals so weitgehende Erfolge, wie die Einführung des Achtstundentages, erringen könnten, ist daher geradezu ausgeschlossen. Dessen sind sich auch die neueren Gewerksvereine völlig bewußt und huldigen daher ausnahmslos dem radikalen Socialismus¹.

Und selbst die gelerten Arbeiter werden nicht sämtlich imstande sein, durch ihre Organisationen ihre Arbeitgeber zu zwingen, ihnen die Prosperität der Volkswirtschaft zugute kommen zu lassen. Nicht einmal innerhalb desselben Industriezweiges würde durch die Gewerksvereine die gleiche Arbeitszeit eingeführt werden können. Sie würde verschieden lang sein in den einzelnen Städten,

¹ Vgl. Herkner, Die Arbeiterfrage, Berlin 1894, S. 53.

je nach dem Einfluß der Gewerkvereine daselbst. So berichtet Webb, daß im Buchdruckergeterbe die Arbeitszeit für die Schriftsetzer zwischen 51 Stunden in Southport und Aberdeen und 60 Stunden wöchentlich in Brighton und Vimerik schwankt.

Und die Gewerkvereine, die stark genug sein würden, um den Achtstundentag einzuführen, würden nicht gewiß sein, daß die Stundenreduktion eine tatsächliche und dauernde wäre.

Es könnte nämlich einzelnen Arbeitern vorteilhaft erscheinen, um mehr zu verdienen, Überstunden zu arbeiten. Dem Beispiele einzelner fleißiger Arbeiter würden andere folgen, wodurch die Nachfrage nach Arbeit abnehmen und der Lohn sinken würde, so daß tatsächlich das Errungene wieder verloren ginge. So ist gegenwärtig der Neunstundentag für einen großen Teil der gelernten Arbeiter in England durch die tatsächlich bestehenden reichlichen Überstunden geradezu illusorisch geworden¹.

Dieser Fall würde aber immer noch relativ günstig für die Arbeiter sein. Es ließe sich sogar denken, daß die Unternehmer bei Eintritt ungünstiger Konjunkturen, um die Produktionskosten zu verringern, ihre Arbeiter zwingen, zu der früheren Arbeitszeit zurückzukehren², indem sie dieselben vor die Alternative stellen, für denselben Lohn länger zu arbeiten oder entlassen zu werden. In solchen Zeiten würde den Unternehmern eine Einschränkung der Produktion nur erwünscht sein, sei es durch Entlassung einzelner Arbeiter oder durch ein zeitweiliges Entlassen aller Arbeiter in Form eines lock-out.

Wie wenig Bestand oft die von den Arbeitern errungenen Stundenreduktionen haben, lehrt die große Achtstundenbewegung in der Union im Jahre 1886. Von den 192000 Arbeitern, die den Achtstundentag damals gewonnen hatten, konnten schließlich nur 15000 der bestorganisierten Bauarbeiter die errungenen Erfolge behaupten. Die übrigen Arbeiter gingen noch im Laufe desselben Jahres ganz oder teilweise des Achtstundentages wieder verlustig.

Es würde also lediglich die jeweilige Macht der Gewerkvereine in den einzelnen Gewerben und Städten darüber ent-

¹ Sidney Webb and Harold Cox p. 168 und Handwörterbuch der Staatswissenschaften, I. Supplementband, Jena 1895, S. 149.

² Spencer Baldwin, der sich für die Einführung des Achtstundentages durch die Gewerkvereine erklärt, giebt dies selbst zu. Vgl. Die Englischen Bergwerksgeetze, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, VI. Stück, Stuttgart 1894, S. 245.

scheiden, ob der Achtstundentag eingeführt wird oder nicht, ohne daß den Arbeitern eine Garantie gegeben werden könnte, daß die Reduktion eine thatsächliche und dauernde ist. Wirklich schutzbedürftige Gewerbe, in denen die Arbeitszeit eine übermäßige, die Gesundheit des Arbeiters gefährdende ist, würden gerade am wenigsten befähigt sein, aus eigener Kraft die Arbeitszeit auf eine in Anbetracht der Erhaltung der Gesundheit und der Hebung des Kulturniveaus wünschenswerte Dauer zu reduzieren, da diesen Arbeitern auf der einen Seite die Zeit, auf der anderen Seite die Mittel und die Lust zur Erringung günstigerer Arbeitsbedingungen fehlen.

Die Elite der Arbeiter, der vierte Stand, der gerade am wenigsten schutzbedürftig ist, würde auf dem Wege der freien Selbsthilfe der Arbeiter die relativ größten Vorteile für sich zu erringen wissen, nichts aber würde der fünfte Stand, die Masse der ungelernten Arbeiter, auf diesem Wege erreichen.

Nur in den Staaten, in denen den staatlichen Organen entweder der Wille oder die Macht dazu fehlt, socialpolitische Reformen vorzunehmen, werden zur Durchführung derselben die Arbeiterorganisationen in erster Linie berufen sein, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo die Arbeiter wohl oder übel auf ihre eigenen Gewerksvereine angewiesen sind, wenn sie des Schutzes bedürfen.

Freilich beweisen die furchtbaren Kämpfe, die in Amerika zwischen Unternehmer und Arbeiter stattfinden und die, wie der jüngste Eisenbahnarbeiterstreik von 1894 zeigt, die gesamte Wohlfahrt des Landes zerrütten, zur Genüge, wie wenig die dortigen Zustände als normale anzusehen sind.

Wir kommen somit zu dem Schluß, daß an eine Einführung des Achtstundentages durch die Arbeiter selbst im Einvernehmen mit ihren Arbeitgebern nicht zu denken ist und ihnen zur Erreichung des Zieles nur der Streik übrig bleibt. Da aber jeder Streik den socialen Frieden gefährdet, die Gesamtheit des Volkes schwer schädigt und belästigt, insbesondere Arbeiter und Unternehmer, ohne daß das Ziel sicher erreicht werden würde, wenigstens nicht das, den Arbeiter gesundheitlich und kulturell zu schützen, so ist dieser Weg der freien Selbsthilfe der Arbeiter zu verwerfen.

c. Durch die Gesetzgebung.

Bei der geringen Aussicht auf eine Einführung des Achtstundentages durch die Unternehmer oder durch die Arbeiter selbst bleibt nur übrig, daß sie vom Staate — als einer über beiden stehenden dritten unparteiischen Macht — auf dem Wege der Gesetzgebung angeordnet wird. Es befürworten dies die Vertreter des staatsocialistischen oder socialkonservativen Standpunktes, im Gegensatz zu denen des liberalen oder socialliberalen im vorigen Abschnitt.

Es fragt sich zunächst, ob der Staat überhaupt und in welchem Umfange er berechtigt ist, in den freien Arbeitsvertrag einzugreifen.

Soweit es sich um Kinder- und Frauenarbeit handelt, ist diese Frage längst im bejahenden Sinne beantwortet worden. Bereits seit dem Anfange dieses Jahrhunderts hat sich der englische Staat dieser im eigentlichen oder engeren Sinne schutzbedürftigen Personen angenommen, und man betrachtet heutzutage die englische Fabrikgesetzgebung in ihrer fegensreichen Wirkung auf die Arbeiterklasse ganz allgemein als mustergültig und nachahmungswürdig. Besteht man aber dem Staate das Recht zu, in seiner Gesetzgebung die Arbeitszeit der Frauen und Kinder zu regulieren, so ist nicht einzusehen, warum gerade Alter und Geschlecht die Grenzen für die Einmischung des Staates in private Verträge bilden sollen. Der Staat nimmt sich der Frauen und Kinder sicherlich nur aus dem Grunde an, weil sie ihm schutzbedürftig erscheinen. Somit ist das Recht desselben, sich in den Arbeitsvertrag der Frauen und der Kinder einzumischen, nicht begründet durch Geschlecht und Alter, sondern durch die Schutzbedürftigkeit. Es müßten also diejenigen, welche das Recht des Staates, sich auch in den Arbeitsvertrag erwachsener männlicher Arbeiter einzumischen, bestreiten, überhaupt die Schutzbedürftigkeit der erwachsenen männlichen Arbeiter leugnen. Wir sahen aber, daß der Arbeiter thatsächlich in hohem Grade des Schutzes bedürftig ist¹. Nur formell ist er frei, nicht faktisch. In den meisten Fällen gerät er infolge seiner wirtschaftlichen Schwäche in ein thatsächliches Abhängigkeitsverhältnis vom Arbeitgeber. Aufgabe des Staates muß es sein, die Freiheit des Arbeiters, die

¹ Vgl. oben S. 82—86.

er rechtlich anerkannt hat, dadurch, daß er ihm zu Hilfe kommt zu einer tatsächlichen zu machen.

Aus denselben Gründen, aus denen uns der Arbeiter schutzbedürftig erscheint, ist auch der Staat berechtigt, zu seinen Gunsten einzugreifen. Zudem wird durch eine Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zugleich das Gesamtwohl eines Volkes, dessen Förderung die letzte Aufgabe des Staates ist, gehoben.

Wir haben gesehen, daß der Arbeiter schutzbedürftig ist, weil seine Gesundheit durch eine übermäßig lange Arbeitszeit gefährdet wird. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Staates, daß besonders die schwächeren Klassen bewahrt werden vor Einflüssen, die ihre Gesundheit schädigen. Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, „die Bedingungen herzustellen, welche zum Schutze der Gesundheit notwendig sind, soweit der Einzelne selbst hierzu nicht imstande ist“¹. Auch beweist eine Reihe staatlicher Erlasse, daß der Staat sich dieser Verpflichtung bewußt ist. In Deutschland sind Bauordnungen erlassen worden zu dem Zweck, die Unterthanen vor Gefahren, die ihrem Leben und ihrer Gesundheit drohen, zu schützen. Und gegenwärtig arbeitet man ein Seuchengesetz aus, um die Ausbreitung ansteckender Krankheiten soviel als möglich zu verhüten. Warum sollte der Staat nicht das Recht dazu haben, gesetzlich eine solche Arbeitszeit für die einzelnen Industriezweige vorzuschreiben, daß die Gefahren, die dem Leben und der Gesundheit des Arbeiters in der Ausübung seines Berufes drohen, beseitigt oder doch abgeschwächt werden? Principiell wird dieser Standpunkt vertreten in dem Kommissionsbericht des schweizer Nationalrates, betreffend die Einführung des Normalarbeitstages von elf Stunden, wo es unter anderem heißt²:

„Wir erachten es als eine Pflicht des Staates, hier gesetzliche Normen aufzustellen. Die physischen Kräfte des Volkes sind auch ein Nationalvermögen, von dem nicht nach Belieben und zum Schaden des allgemeinen gezehrt werden darf.“

Der Arbeiter war ferner schutzbedürftig, weil durch allzu lange Arbeitszeit sein Kulturniveau herabgedrückt wird. Wenn der Staat nun auch nicht unmittelbar den erwachsenen Mann

¹ Edgar Löning, Lehrbuch des Deutschen Verwaltungsrechts, Leipzig 1884, S. 295—300.

² Citirt bei Ludwig Knorr, Der Normalarbeitstag, eine Konsequenz der heutigen Wirtschaftsordnung, Leipzig 1880, S. 26.

zwingen kann, seine sittliche und geistige Bildung zu heben, so besteht seine Aufgabe doch gerade sicherlich darin, die Hindernisse hinwegzuräumen, welche sich hemmend der geistigen und sittlichen Entwicklung des Volkes entgegenstellen. Es ist somit der Staat berechtigt, die Höhe der Arbeitszeit derartig zu fixieren, daß sich bei ihr das Kulturniveau zu heben vermag.

Der Arbeiter war drittens schutzbedürftig, weil durch eine zu lange Arbeitszeit sein Lohn, wenn nicht absolut, so doch relativ herabgedrückt wird. Der Staat aber ist berechtigt, seine Unterthanen wirtschaftlich nach Kräften zu fördern, da durch verbesserte materielle Lage des Einzelnen in vielen Fällen erst mittelbar das Kulturniveau gehoben werden kann. Der Staat hat auch das Recht dafür zu sorgen, daß die Zahl der unterstützungsbedürftigen Armen im Lande eine möglichst geringe sei. Zu diesem Zwecke muß er eine Einkommensverteilung anstreben, die auch den untersten Klassen eine menschenwürdige Lebenshaltung garantiert. Der Philosoph J. G. Fichte hat einmal gesagt¹: „Es müssen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verzieren; erst alle bequem und warm gekleidet sein, ehe einer sich prächtig kleidet. Wer sagt: ich kann es aber doch bezahlen, der hat Unrecht. Es ist eben gar nicht von Rechts- und Vernunftswegen sein Eigentum, womit er das Entbehrliche bezahlt, während andere noch nicht das Notdürftige haben“.

Somit muß auch dem Staate das Recht zustehen, eine Kürzung der Arbeitszeit vorzunehmen, falls durch sie eine Steigerung des Wohlstandes der Arbeiterklasse herbeigeführt wird — sei es, daß die Löhne der Arbeiter eine absolute Steigerung erfahren, sei es, daß die Kürzung der Arbeitszeit zu einer Mehranstellung² bisher unbeschäftigter Arbeiter führt.

Man wendet nun gegen eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit der industriellen Arbeiter ein, es sei inkonsequent, nur für diese eine Maximalarbeitszeit festzusetzen, während man die Arbeitszeit der im Handelsgewerbe Angestellten, der Subalternbeamten und der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht beschränke und auch den selbständigen Handwerker und den Gelehrten so lange arbeiten lasse, als er Lust habe. Sicherlich trifft dieser

¹ Werke III, S. 400 ff., 409.

² So sagt Moscher: Unterstütze womöglich lieber mit Arbeitsgelegenheit, als mit Naturalien, und lieber mit Naturalien, als mit Geld. Vgl. System der Armenpflege und Armenpolitik, Stuttgart 1894, S. 57.

Ginwand zu für die beiden erstgenannten: für die Commis, die Comptoristen und andere unselbständige Geschäftsleute, sowie für untere Beamte. Eine Verkürzung ihrer Arbeitszeiten ist oft nicht minder erwünscht, als für die industriellen Arbeiter.

Dagegen verhält sich die Sache anders mit den übrigen.

Der landwirtschaftliche Arbeiter bedarf wohl eines lohnpolitischen Schutzes; aber bezüglich der Arbeitszeit ist er sicherlich weniger schutzbedürftig, als der industrielle. Denn seine Gesundheit wird durch die Thätigkeit, die er ausübt, in geringerem Grade gefährdet: er bewegt sich in gesunder frischer Luft und die lange und anstrengende Arbeitszeit im Sommer wird teilweise ausgeglichen durch eine ebenso reichliche Ruhe und Erholung im Winter.

Der Handwerker als selbständiger Produzent ist sein eigener Herr, er braucht nicht länger zu arbeiten, als er will, meist auch nicht aus wirtschaftlichen Gründen: denn sein Bestreben braucht es nicht zu sein, möglichst große Massen denkbar billig zu produzieren. Er sucht vielmehr mit seiner Arbeit möglichst vollkommen den individuellen Bedürfnissen seiner Kunden zu entsprechen. Je mehr er letzteres vermag, um so sicherer wird er sein, daß seine Kunden ihm treu bleiben, selbst wenn ein anderer Handwerksmeister infolge längerer Arbeitszeit billiger zu arbeiten imstande wäre.

Noch weniger kann der Gelehrte mit dem industriellen Arbeiter bezüglich der Länge der Arbeitszeit auf gleiche Linie gestellt werden. Der Fabrikarbeiter will durch seine Arbeit nicht nur die Ausgaben für seinen notwendigen Lebensunterhalt decken, er will noch etwas erübrigen, sei es, um sich nach der Arbeit, die in manchen Fällen deprimierend auf den Arbeiter einwirkt, zu streuen zu können, oder sei es, um den Kassen der Gewerksvereine beisteuern zu können, die seine Interessen gegenüber dem Unternehmer zu vertreten haben. Dazu kommt noch, daß der Arbeiter, sobald er ein gewisses Alter erreicht hat, hohen Wert darauf legt, sich für seine alten Tage etwas ersparen zu können. Derartige außerordentliche Anforderungen braucht aber der Gelehrte nicht an seinen Beruf zu stellen. Er kann an seiner Arbeit soviel Vergnügen finden, daß er außerdem nur wenig oder gar keine Ansprüche an das Leben erhebt. Die langen Arbeitszeiten, welche im Gelehrtenstande vorkommen, sind von den Gelehrten freiwillig, aus eigener Entschloßung heraus gewählt und mit einer

Kürzung der Arbeitszeit würde ihnen nichts weniger, als ein Gefallen erwiesen.

Zudem kann er die Gefahren, die seiner Gesundheit drohen, leicht vermeiden. Denn er ist in der Ausübung seiner Arbeit nicht in dem Maße an einen Ort gebunden, wie der industrielle Arbeiter.

Außerdem wäre es geradezu unmöglich, die Arbeitszeit des Gelehrten ebenso wie die des Handarbeiters gesetzlich zu regeln. Der geistige Arbeiter kann niemals seine Arbeit messen; die Handarbeit, zu der weniger geistige Funktionen erforderlich sind, gleicht mehr der Maschinenarbeit. Daher kann der Handarbeiter ungefähr voraus berechnen, was er in der Stunde leisten wird. Nicht so der Gelehrte. Bei ihm kommt es nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der geleisteten Arbeit in erster Linie an. Der geistige Arbeiter braucht gewöhnlich erst Zeit, um sich in ein schwieriges Problem hineinzuarbeiten und erntet erst in den späteren Stunden des Tages die Früchte seiner Arbeit, während der industrielle Arbeiter gerade in den ersten Stunden seiner Arbeit am produktivsten und in den letzten Stunden es am wenigsten ist. Würde man also die Arbeitszeit des Gelehrten beschränken, so hieße dies, ihm gebieten, zu einer Zeit mit seiner Arbeit aufzuhören, in der er vielleicht am produktivsten ist.

Ein weiteres Argument gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist: es läge in einer vom Staate ausgehenden Regelung der Arbeitszeit ein Eingriff in die Rechte des Einzelnen, der vielleicht länger, als es der Staat gestattet, arbeiten möchte. Es werde dadurch die Freiheit des Menschen eingeengt.

Auf den ersten Blick ist es einleuchtend, daß die Freiheit des fleißigen Arbeiters, der gern länger arbeiten möchte, als der Normalarbeitstag vorschreibt, eingeschränkt wird.

Doch wenn wir zusehen, ist diese Beschränkung der Freiheit nur eine formelle, nicht eine tatsächliche. Der Zweck, den der fleißige Arbeiter durch sein längeres Arbeiten zu erreichen sucht, ist doch nicht der, sich länger zu beschäftigen, sondern mehr zu verdienen. Da aber gerade infolge seines Verhaltens der Lohn, wie wir oben sahen, bald wieder so stark sinkt, daß er bei der längeren Arbeitszeit nicht mehr verdient, als zuvor bei der kürzeren, so wird er durch die Beschränkung seiner Freiheit nur von der Verfolgung eines Zieles abgehalten, das er anderenfalls doch nie erreichen könnte.

Für die anderen Arbeiter aber, die gerade so lange zu arbeiten für gut befinden, als der Normalarbeitstag vorschreibt, bedeutet die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit nicht nur keine Beschränkung der Freiheit, sondern eine Erweiterung derselben. Da die länger Arbeitenden durch ihr Verhalten ihre Kameraden zwingen infolge Sinken des Lohnes, ebenso lange zu arbeiten wie sie, so würde die große Mehrzahl der Arbeiter befreit werden von dem faktischen Zwang, den jene auf sie ausüben. Somit bedeutet die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit zwar formell eine Beschränkung der Freiheit des einzelnen, thatsächlich aber eine Erweiterung der Freiheit der Arbeiterklasse.

Man wendet ferner gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ein, der Arbeiter könnte unselbständig werden, und seine Interessen nicht durch Bildung von Gewerkvereinen wahrzunehmen suchen, indem er sich auf den Staat als den Schützer seiner Interessen verläßt¹. Die Fabrikgesetzgebung in England lehrt aber das gerade Gegenteil. Die Textilarbeiter von Lancashire sind sicherlich nicht weniger unselbständig, als andere Arbeiter, die nichtstaatlichen Schutz genießen. Und doch ist keine Arbeiterklasse in England besser organisiert, als diese und haben ihre Gewerkvereine seit Erlass des Zehnstundengesetzes besondere Macht entfaltet².

Roscher³ glaubt, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Erwachsene sei nur da wünschenswert, wo der Arbeiterstand zu beschränkt oder zu verkommen sei, um auch nur an die nächstliegende genossenschaftliche Selbsthilfe zu denken. Sicherlich sind die Arbeiter unter solchen Umständen am meisten des Schutzes bedürftig und am wenigsten befähigt, sich selbst zu schützen. Daß aber auch für Arbeiter, die weder verkommen noch beschränkt sind, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit als wünschenswert erscheint, beweisen die Erfahrungen, die man in den letzten Jahren in England gemacht hat. Selbst die bestorganisierten und gutsituierten Arbeiter fordern hier fast allgemein, nachdem sie die Ausichts-

¹ Diese Ansicht vertritt Spencer Baldwin, Die Englischen Bergwerksgesetze, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, VI. Stück, Stuttgart 1894, S. 247.

² Vgl. Sidney Webb and Harold Cox p. 189.

³ Roscher, System der Volkswirtschaft, III. Band, Stuttgart 1887, S. 715.

losigkeit, auf dem Wege der Selbsthilfe ihre Interessen zu schützen, erkannt haben, die Regelung der Arbeitszeit durch den Staat.

Auch John Stuart Mill erklärt sich für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, da er glaubt, den Satz der individuellen Freiheit nicht auf die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter anwenden zu dürfen. Das Interesse einer Klasse könnte oft nicht durch die einzelnen Individuen derselben selbständig wahrgenommen werden. Würde auch ein Arbeiter den festen Willen haben, um dem Interesse seiner Klasse zu frommen, nur kurze Zeit zu arbeiten, so würde er, wenn seine Kollegen nicht dasselbe thäten, den Schaden allein zu tragen haben. Es bedürfe daher eines festen Zusammenschlusses aller Individuen sowie der Unterstützung derselben von seiten des Staates oder durch die öffentliche Meinung. Anderenfalls würden anfangs die strebsamsten, um mehr zu verdienen, wieder zu der längeren Arbeitszeit zurückkehren, bis schließlich auch die anderen, um nicht den ersteren gegenüber im Nachtheile zu sein, wieder die frühere Arbeitszeit angenommen hätten und zwar für denselben Lohn, wie in der kürzeren Arbeitszeit.

Man sieht, wie unhaltbar es ist, die Grenzen der Berechtigung staatlicher Einmischung in private Verträge zu ziehen nach Alter und Geschlecht der Kontrahierenden. Es läßt sich überhaupt eine Grenze zwischen dem, was in das Bereich des Staates fällt und was nicht, schwer ziehen. Man muß sich das Privatrecht des Einzelnen und das öffentliche Recht des Staates nicht als coordiniert denken. „Der Einzelne steht mit seinem Privatrecht im öffentlichen Rechte, das öffentliche Recht bildet einen Kreis, welcher das Privatrecht der Einzelnen umspannt“ (R. B. Fricker). Die Aufgabe des Staates, als der Organisation der Gesamtheit des Volkes, ist die Förderung der Wohlfahrt des Volkes. Wo die Rechte des Einzelnen oder einer Klasse in Kollision kommen mit der Wohlfahrt der Gesamtheit, müssen sie vor dieser zurückweichen. Bei allen ökonomischen Fragen hat sich der Staat von volkswirtschaftlichen Motiven leiten zu lassen. Sobald er sich von privatwirtschaftlichen Motiven beeinflussen läßt, indem er nur eine Klasse zum Gegenstande seiner Fürsorge macht, vergißt er seine wahren Pflichten.

Der Gedanke, daß der Staat in erster Linie dazu berufen sei, eine Kürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter seines Landes vorzunehmen, ist nicht neu.

Es liegt bereits eine stattliche Reihe von Maßnahmen, die

eine gesetzliche Normierung der Arbeitszeit bezwecken, aus verschiedenen Ländern vor.

Bereits im Jahre 1848 wurde in Frankreich ein Gesetz erlassen, welches die Arbeitszeit für alle Arbeiter in Fabriken und Hüttenwerken auf zwölf Stunden täglich festsetzte. Doch blieb das Gesetz im ganzen wirkungslos, da es zu seiner Durchführung an der nötigen Zahl von Fabrikinspektoren fehlte.

Später wurde, wie wir sahen, in mehreren Staaten der Union die Arbeitszeit gesetzlich beschränkt, und zwar auf acht Stunden 1867 in Connecticut und Illinois, 1868 in Pennsylvania, 1870 in New-York und im Anfang der achtziger Jahre in den beiden Staaten Indiana und Wisconsin¹. Außerdem ist noch in einer Reihe von Staaten der zehnstündige Maximalarbeitstag gesetzlich eingeführt worden (Rhode-Island, Maine, Ohio, New-Hampshire, Michigan, Minnesota, Florida, New-Jersey und Nebraska). Da die Gesetze aber nicht absolute, sondern nur dispositive Rechtsätze enthalten, sind sie bisher nicht beachtet worden.

Einen Normalarbeitstag nicht nur formell, sondern auch tatsächlich einzuführen, hat sich zuerst die Schweiz ernstlich bemüht.

Bereits im Jahre 1864 wurde durch ein Gesetz vom 10. August d. J. im Kanton Glarus ein Maximalarbeitstag von zwölf Stunden vorgeschrieben, der durch das Gesetz vom 29. September 1874 auf elf Stunden reduziert wurde. In Basel-Stadt wurde ein solcher von zwölf Stunden durch das Gesetz vom 15. November 1869 und in Tessin ein ebenso langer durch das Gesetz vom 20. August 1873 eingeführt. Das Gesetz von Glarus wurde im Jahre 1877 zum eidgenössischen Bundesgesetz erhoben und damit auf die ganze Schweiz übertragen. Nach Artikel 11 desselben darf die Dauer der regelmäßigen Arbeit eines Tages nicht mehr als elf Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen nicht mehr als zehn Stunden betragen². Die Arbeit hat zu erfolgen zwischen 6 Uhr morgens und 8 Uhr abends, wobei man sich nach der öffentlichen Uhr zu richten hat. Nur in Industriezweigen mit Saison- und Campagnearbeiten darf ausnahmsweise

¹ Vgl. oben S. 41 u. 44.

² Nach Art. 12 sind davon ausgenommen die Arbeiten, welche der eigentlichen Fabrication als Hilfsarbeiten vor- oder nachgehen müssen.

länger gearbeitet werden. Dagegen kann der Bundesrat für gesundheitschädliche Gewerbe, sowie für solche, in denen durch bestehende Einrichtungen oder durch das in ihnen übliche Verfahren Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährdet sind, die Arbeitszeit nach Bedürfnis reduzieren, bis die Beseitigung der vorhandenen Gesundheitsgefahren nachgewiesen ist.

Anfangs hielt es schwer, das Gesetz auch tatsächlich durchzuführen, allein allmählich hat sich die Industrie an dasselbe gewöhnt, so daß es jetzt sich einer allgemeinen Anerkennung und Beachtung erfreut¹.

Nach dem Vorbild der Schweiz hat man durch das Gesetz vom 8. März 1885 auch in Österreich — nicht in Ungarn — einen Normalarbeitstag von elf Stunden für fabrikmäßig betriebene Gewerbsunternehmungen und von zehn Stunden für den Bergbau eingeführt. Doch ist die Wirkung dieses Gesetzes durch die Fülle von Ausnahmbestimmungen, welche es durchbrechen, fast illusorisch gemacht worden und somit ist an den bestehenden Verhältnissen nur wenig geändert worden.

In Deutschland sind seit dem Jahre 1869 zu wiederholten Malen Versuche gemacht worden, die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter gesetzlich festzulegen². In letzter Zeit wurden diesbezügliche Anträge im Reichstage von den Abgeordneten Lieber-Sitze und Öchelhäuser (1887), seitens der Socialdemokratie durch Auer (1890) gestellt. Kein Antrag vermochte jedoch das Haus für sich zu gewinnen, obwohl sich die Regierung einer gesetzlichen Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter nicht abgeneigt zeigte.

In England hat man bisher für die Arbeitszeit des erwachsenen Mannes keine gesetzlichen Normen aufgestellt. Wohl aber hat man indirekt im Laufe der Zeit zu wiederholten Malen die Arbeitszeit des Mannes gesetzlich beschränkt, und zwar gilt dies zunächst für die Textilindustrie. Das Fabrikgesetz von 1847, welches bekanntlich die Arbeitszeit der Frau auf zehn Stunden beschränkte, hatte zur Folge, daß auch die Männer in der Textilindustrie fortan nur zehn Stunden arbeiteten, da die Natur derselben es fordert, daß

¹ Öchelhäuser, *Soziale Tagesfragen*, Berlin 1889, S. 55 und Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 5. Band, Jena 1893, S. 34.

² Vgl. oben S. 60—66.

Männer und Frauen zu gleicher Zeit mit ihrer Arbeit anfangen und aufhören müssen. Im Jahre 1874 wurde für Frauen, jugendliche Personen unter achtzehn Jahren und Kinder die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 $\frac{1}{2}$ Stunden gekürzt. Dies hatte wiederum zur Folge, daß auch für die meisten erwachsenen männlichen Arbeiter dieselbe Arbeitszeit eingeführt wurde, deren sich noch heute die Textilarbeiter — circa 800 000 an der Zahl — im allgemeinen erfreuen.

Neuerdings nimmt von Jahr zu Jahr die Zahl derer zu, die auch direkt eine Beschränkung der Arbeitszeit des erwachsenen Mannes auf gesetzlichem Wege fordern. Die Zahl der Anhänger der social-liberalen Richtung hat in England so stark abgenommen, daß heute schon fast allgemein die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit als der einzige Weg betrachtet wird, zum Ziele zu gelangen. Die Strömung für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist unter den englischen Arbeitern ausgegangen von den ungelerten Arbeitern und hat bedeutend zugenommen, seitdem sie sich zu den sogenannten neueren Gewerkvereinen zusammengeschlossen haben. Die älteren aus gelernten Arbeitern bestehenden Gewerkvereine waren bisher die Gegner dieser Bestrebungen, indem sie eine Kürzung der Arbeitszeit herbeigeführt wissen wollten durch die Macht ihrer Gewerkvereine, nicht durch den Staat. Indessen welcher Umschwung in der Stimmung unter den Arbeitern zu Gunsten der staatlichen Kürzung der Arbeitszeit in den letzten Jahren eingetreten ist, beweisen die Abstimmungen, die auf den verschiedenen Gewerkvereinskongressen darüber vorgenommen sind, ob der Achtstundentag auf staatlichem Wege oder durch die Macht der Gewerkvereine einzuführen sei. Auf dem Gewerkvereinskongreß in Dundee im September 1889 erklärte sich noch die Majorität der Arbeiter gegen den gesetzlichen Achtstundentag¹.

Aber bereits im nächsten Jahre auf dem Gewerkvereinskongreß in Liverpool fand sich eine Majorität für den gesetzlichen Achtstundentag. Es stimmten 193 Abgeordneten für und 155 gegen denselben. Allerdings wurde dieser Erfolg erzielt durch das Neutralbleiben von 106 Delegierten.

Die Minderheit, welche auf dem angeführten Kongreß gegen die staatliche Einführung des Achtstundentages stimmte, setzte sich im allgemeinen zusammen aus den Arbeitern, die sich relativ am

¹ Sidney Webb and Harold Cox p. 30.

wohlsten fühlten, d. h. aus denjenigen, deren Arbeitszeit bereits beträchtliche Reduktionen erfahren hatte, und die einen hohen Lohn beziehen. Es waren dies in erster Linie die älteren Gewerkvereiner, die Elite der englischen Arbeiter, die sich bereits des neunstündigen Arbeitstages erfreuen. Daß sie gegen den gesetzlichen Achtstundentag stimmten, ist zurückzuführen einmal auf das tiefe Mißtrauen gegen das Parlament, das sie noch als eine kapitalistische Institution betrachteten und ferner auf den Glauben, mittels ihrer Gewerkvereine, sobald es die Konjunkturen gestatten würden, aus eigener Kraft den Achtstundentag einführen zu können. Weiterhin kommen bei ihnen in Betracht egoistische Erwägungen: sie glaubten, daß durch den gesetzlichen Achtstundentag ihre privilegierte Stellung unter den Arbeitern erschüttert würde. Dazu kommt noch, daß man den Achtstundentag vorläufig selbst für die gelernten Arbeiter nicht durchweg als einführbar hielt, geschweige denn für alle Arbeiter. Man wollte daher der Sache keinen Zwang anthun und die Dinge ihrer eigenen Entwicklung überlassen.

Speziell gilt dies für die Textilarbeiter. Ihre Arbeitszeit beträgt, wie wir oben ausgeführt, 56½ Stunden wöchentlich. Eine weitere Reduktion der Arbeitszeit auf 48 Stunden hielten sie damals mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit ihrer Fabrikanten für nicht geraten, insbesondere in Hinblick auf Indien und die Einfuhr indischer Textilwaren nach China. Obwohl Indien bei seiner weit längeren Arbeitszeit und niedrigen Löhnen die Waren nicht billiger herstellen kann, als England¹, so erspart es doch England gegenüber sehr viel an Transportkosten. Einmal erzeugt Indien die Baumwolle selbst, während England dieselbe aus überseeischen Ländern beziehen muß und sodann hat es gegenüber England bei der Einfuhr seiner Waren nach China infolge seiner viel geringeren Entfernung von letzterem einen bedeutenden Vorsprung. Indien ist somit in einer weit günstigeren Lage, als England. Und da letzteres auf den Export nach China angewiesen ist, so glaubten die Arbeiter die Produktionskosten ihrer Fabrikanten nicht weiter erhöhen zu dürfen, zumal da das in

¹ Vgl. v. Schulze-Gaeverniß, Der Großbetrieb, ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, Leipzig 1892, S. 159 ff.

Roscher freilich glaubt, daß infolge der mangelnden Arbeiterschutzgesetze in Ostindien die Konkurrenz des letzteren für England so gefährlich sei. — Vgl. System der Armenpflege und Armenpolitik, Stuttgart 1894, S. 320.

der Textilindustrie investierte Kapital kaum eine dreiprozentige Rente abwirft¹.

Ferner waren gegen den gesetzlichen Achtstundentag die Kohlenhauer von Northumberland und Durham. Diese erfreuen sich bereits gegenwärtig, wie früher erwähnt, einer sechs- bis siebenstündigen täglichen Arbeitszeit. Ihre Opposition beruht jedoch hauptsächlich auf egoistischen Motiven. Sie glauben, daß durch den gesetzlichen Achtstundentag ihre Lage sich nicht nur relativ, sondern auch absolut verschlechtern könnte, indem die Bergwerksbesitzer zu einem anderen Betriebssystem übergehen könnten, wodurch ihre Arbeitszeit wiederum verlängert werden würde².

Indes scheint neuerdings die Zuversicht auf die Macht ihrer Gewerksvereine unter den gelernten Arbeitern nicht mehr die gleiche zu sein, wie früher. Die Mißerfolge, die selbst die bestorganisierten Arbeiter, die Durhamer Kohlenarbeiter, gehabt haben, scheinen auch die bisher noch liberal denkenden Arbeiter zu der Überzeugung gebracht zu haben, daß sie auf dem Wege der freien Selbsthilfe wenig auszurichten vermögen. Dazu kommt noch, daß sich durch die seit dem Jahre 1891 eingetretene wirtschaftliche Krisis die Lage selbst der gelernten Arbeiter ziemlich ungünstig gestaltet hat, indem die Fabrikanten in letzter Zeit sich vielfach gezwungen gesehen haben, Lohnreduktionen vorzunehmen. So kam es, daß sich auf einer Konferenz der Textilarbeiter in Lancashire im Sommer 1892 dieselben für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages erklärten.

Wenn trotzdem heute noch einige Kategorien von Arbeitern von dem gesetzlichen Achtstundentag nichts wissen wollen, so ist dies zurückzuführen lediglich auf egoistische Motive. Sie stimmen gegen den gesetzlichen Achtstundentag, nicht weil sie das Eingreifen des Staates perhorreszieren, sondern weil die Einführung des Achtstundentages ihnen eher Nachteile, als Vorteile bringen könnte. Überläßt man seine Einführung den Gewerksvereinen, so glauben sie, daß an den bestehenden Verhältnissen am wenigsten

¹ Vgl. Sidney Webb and Harold Cox p. 125, „cotton pays no better than Consols“.

² Vgl. Spencer Baldwin, Die Englischen Bergwerksgesetze, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, VI. Stück, Stuttgart 1894, S. 243 u. 248.

geändert werde. So waren auf dem Trade-Union-Congreß in Glasgow 1892 nur noch die Maschinenbauer und die Kohlenhauer von Northumberland und Durham gegen den gesetzlichen Achtstundentag. Das ist ein Beweis für das oben Gesagte. Erst wenige Monate waren verflossen seit dem unglücklichen Durhammer Kohlenarbeiterstreik, der die Bergarbeiter von ihrer Ohnmacht überzeugt hatte, und dennoch stimmten sie gegen den gesetzlichen Achtstundentag, eben weil sie bei ihrer bereits siebenstündigen Arbeitszeit sich keinen Vorteil von demselben versprechen konnten.

II. Vorschläge der Arbeiter zur Durchführung des gesetzlichen Achtstundentages.

Wenn wir uns noch kurz vergegenwärtigen, welche Vorschläge seitens der Anhänger des gesetzlichen Achtstundentages für seine Durchführung erfolgt sind, so werden wir wiederum unseren Blick nach England zu richten haben, in dem die Achtstundebewegung gerade gegenwärtig die Aufmerksamkeit in hohem Maße auf sich zieht.

Die Anhänger des gesetzlichen Achtstundentages scheiden sich in England in zwei Parteien.

Die einen fordern für alle Gewerbe des Landes unbedingt ein Gesetz, welches die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden beschränken und Arbeitgeber und Arbeiter gleichmäßig binden soll. Der Entwurf eines solchen Gesetzes wurde im Jahre 1891 im englischen Unterhause durch die Abgeordneten Cunninghame Graham, Randell, W. Abraham, Clark und Conybeare eingebracht. Nach dieser Bill soll keine Person länger als acht Stunden an einem Tage von 24 oder mehr als 48 Stunden in der Woche arbeiten; bezgleichen darf keiner einer anderen Person gestatten oder sie dazu veranlassen, über diese Zeit hinaus thätig zu sein auf dem Wasser wie auf dem Lande, in irgend einer Eigenschaft, unter irgend einem Kontrakte oder einer Übereinkunft oder in der Form von Artikeln für Arbeitsmiete oder für persönliche Dienstleistungen zu Wasser und zu Lande, ausgenommen bei Unglücksfällen. Auf die Übertretung des Gesetzes sollte eine Strafe von 10—100 £ gesetzt werden.

Es ist dies die denkbar naivste Form der Forderung des Achtstundentages, die nicht im geringsten Aussicht hat, in nächster Zeit zum Gesetz erhoben zu werden. Denn ein allgemeiner

Achtstundentag für alle Gewerbe ist in England ebenso undurchführbar, wie in den anderen europäischen Industriestaaten. Gleichwohl hat diese Partei die meisten Anhänger unter der Arbeiterschaft unserer modernen industriellen Kulturstaaten. Stellen doch die gleiche Forderung die Arbeiter in Deutschland¹, Österreich, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Nordamerika u. a.

Die Vertreter der zweiten Richtung sind nur bedingungsweise für den Achtstundentag. Unter ihnen hat man wiederum zu unterscheiden: die Anhänger der Trade-Exemption und die Anhänger der Trade-Option.

Die ersteren fordern ein Gesetz, welches die Arbeitszeit in allen Gewerben auf acht Stunden beschränkt. Der Majorität der Arbeiter eines Gewerbes soll es aber gestattet sein, um das betreffende Gewerbe von dieser Norm zu dispensieren, eine Petition einzureichen, welche die Regierung nach genauer Prüfung zu genehmigen verpflichtet sein soll.

Es ist der Entwurf eines Achtstundengesetzes, wie es der Londoner Gewerkschaftsrat beantragt. Am 16. Juni 1892 interpellierte derselbe den damaligen präsidenten Premierminister Gladstone über diese Forderung. Gladstone zeigte sich nicht gerade abgeneigt, den Achtstundentag gesetzlich einzuführen, ließ aber erkennen, daß er den Antrag in dieser Form für undurchführbar halte.

Die Anhänger der Trade-Option fordern ein Gesetz, welches die Arbeitszeit in allen Gewerben auf acht Stunden beschränkt, aber erst in Kraft tritt, sobald sich die Majorität der Arbeiter eines Gewerbes für den Achtstundentag entschließt, und der Minister des Innern nach Erwägung der Gründe und Umstände ihn billigt.

Die Vertreter dieser Richtung sind die Fabier. In dem Entwurf eines Achtstundengesetzes der „Fabian Society“² wird mit Ausnahme einiger besonders schutzbedürftiger Gewerbe, in denen der gesetzliche Achtstundentag bedingungslos eingeführt werden soll, der allgemeine achtstündige Arbeitstag als dispositives Recht gefordert. Gleichzeitig wird der Minister des Innern ermächtigt, nach vorher-

¹ Vgl. Deutsche Partei-Programme (Berlin 1894, Puttkammer & Mühlbrecht), Erfurter Programm von 1891, S. 92.

² Fabian Tracts, Nr. 9. An Eight Hours Bill, published by the Fabian Society, May 1890.

gegangenen Majoritätsbeschluß der Arbeiter eines Gewerbes und nach Prüfung der Gründe und Umstände dieses Gewerbes durch Ministererlaß einen Maximalarbeitstag vorzuschreiben, welcher nicht weniger als 45 Stunden und nicht mehr als 54 Stunden wöchentlich betragen darf.

Gegen die Klausel der Trade-Exemption wie gegen die der Trade-Option spricht zunächst, daß es sehr schwierig sein würde, aus der Zahl der abgegebenen Stimmen zu erkennen, ob diese eine Majorität der Arbeiter eines Gewerbes bedeutet oder nicht, da Arbeiterregister für die einzelnen Erwerbszweige in England nicht vorhanden sind.

Und selbst wenn solche existierten, so würden in vielen Fällen die beiden Klauseln leere Buchstaben bleiben, je nach der Stärke der Indifferenten unter den in einem Gewerbe beschäftigten Arbeitern, die die Dinge so gehen lassen, wie sie gehen und sich ebenso wenig für die Verwerfung des Achtstundentages, wie für seine Annahme zu stimmen bewegen lassen würden.

Und selbst wenn sich die Majorität gefunden haben sollte, so würde im Falle der Trade-Exemption es doch ganz unwahrscheinlich sein, daß gerade die wenig schutzbedürftigen Arbeiter, denen eine über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit nichts schaden würde, um Dispens petitionieren werden. Vielleicht würden die Arbeiter, die um eine Exemption vom Achtstundengesetz nachsuchten, wesentlich dazu bestimmt werden durch die Aussicht auf den größeren materiellen Vorteil, den eine Verlängerung der Arbeitszeit bringen könnte. Da könnte denn der Fall eintreten, daß vielleicht gerade besonders schutzbedürftige Arbeiter um Dispens nachsuchten.

Besonders in Zeiten ungünstiger Konjunkturen würden die Arbeiter, falls ihr Lohn sich reduziert haben sollte, um mehr zu verdienen, solche Petitionen einreichen. Natürlich werden in beiden Fällen ihre Gesuche von der Regierung nicht genehmigt werden können, da sich diese bei Beurteilung derselben nur von der Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der Arbeiter leiten lassen kann.

Der gesetzliche Achtstundentag mit der Trade-Exemption-Klausel löst sich somit in den allgemeinen lohnpolitischen gesetzlichen Achtstundentag auf, wie er von Cunninghame Graham 1891 beantragt worden ist, nur ist die erstere Forderung in ihrer Form noch rigorosere, als letztere, indem der lohnpolitische Charakter darin auf Kosten des schutzpolitischen in höherem

Grade zum Ausdruck gelangt, und indem sie ferner den Unternehmer an die gesetzliche Arbeitszeit bindet, dem Arbeiter dagegen freies Spiel lassen will.

Was aber den achttündigen Arbeitstag mit der Trade-Option-Klausel betrifft, so bietet dieser Weg der Einführung des Achttundentages doch keine Gewähr dafür, daß sich gerade in den besonders schutzbedürftigen Gewerben die Majorität der Arbeiter für den Maximalarbeitstag erklärt, in welchem Falle doch nur der Minister des Innern sich ermächtigt sehen könnte, denselben vorzuschreiben. Gerade die am wenigsten schutzbedürftigen Arbeiter würden solche Majoritätsbeschlüsse am ehesten fassen, da sie sich viel leichter zu einem gemeinsamen Vorgehen aufraffen, als übermüdete oder gesundheitlich geschwächte Arbeiter.

Sidney Webb versucht darzulegen, daß durch das Achttundengesetz mit der Trade-Option-Klausel, wie es die „Fabian Society“ vorgeschlagen hat, der Achttundentag allgemein in allen Gewerben eingeführt werden könnte. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß er damit seiner innersten Überzeugung Ausdruck gegeben hat. Ein Achttundengesetz mit der Trade-Option-Klausel ist vielmehr eine versteckte Form der Ablehnung eines allgemeinen Achttundentages, welche die gemäßigten Fabier nicht haben offen aussprechen wollen, um nicht die Gunst der Arbeiter zu verscherzen, und löst sich schließlich im günstigsten Falle in einen rein schutzpolitischen Maximalarbeitstag auf.

Daraus erklärt es sich denn, daß neuerdings die gemäßigten älteren Gewerkvereine sich für ein Achttundengesetz mit der Trade-Option-Klausel entschieden haben, während die neueren Gewerkvereine, die einen allgemeinen Achttundentag aus lohnpolitischen Gründen eingeführt wissen wollen, ein solches mit der Trade-Exemption-Klausel fordern. Dies zeigte sich deutlich auf dem vom 5.—11. September 1892 in Glasgow tagenden Gewerkvereinskongreß. Die bisher heftigsten Gegner des Achttundentages, die Arbeiter der Baumwollindustrie, erklärten sich auf dem Kongreß zum erstenmal für denselben und zwar für ein Achttundengesetz mit der Trade-Option-Klausel, wie es von Mr. Matwdsley befürwortet wurde. Doch besaßen die neueren Gewerkvereine die Mehrheit auf dem Kongresse, es wurden für einen Antrag in deren Sinne bei der Abstimmung 205 Stimmen für und 155 Stimmen gegen denselben abgegeben.

Viel aussichtsreicher sind die Bestrebungen der Arbeiter, direkt

einen schutzpolitischen Maximalarbeitstag einzuführen, da ihnen hierbei die öffentliche Meinung und das Parlament nicht abgeneigt sind. Einen weitgehenden bedingungslosen schutzpolitischen Maximalarbeitstag fordern die Fabier, indem sie in dem Entwurfe innerhalb des Rahmens des allgemeinen Achtstundentages für einige besonders schutzbedürftige Arbeiter einen solchen aufstellen, ohne seine Einführung von der Trade-Option-Klausel abhängig zu machen, wie z. B. für Bergleute, Weichen-, Signalsteller, Heizer, Lokomotivführer, Regierungsbeschäftigte und Beschäftigte jener großen Gesellschaften, welche mit einer Royal Charter begünstigt werden. Andere Arbeiter gehen weniger weit und fordern den gesetzlichen Maximalarbeitstag nur für die Regierungsbediensteten und Arbeiter in Regierungswerkstätten oder auch nur für einzelne besonders anstrengende Arbeiten, wie z. B. für den Signaldienst auf Bahnhöfen und Strecken mit intensivem Verkehr.

Einen schutzpolitischen Maximalarbeitstag im engsten Sinne fordern die Bergleute. Ein gesetzlicher Achtstundentag für dieselben ist im englischen Unterhaus seit dem Jahre 1887 von Jahr zu Jahr beantragt worden. Und zwar geht das Bestreben der englischen Arbeiter darauf hinaus, vorläufig für alle Arbeiter unter Tage den gesetzlichen Achtstundentag von der Einfahrt bis nach beendigter Ausfahrt einzuführen, da einem solchen Gesetze die öffentliche Meinung in England günstig ist. Freilich ist zweimal ein diesbezüglicher Antrag vom Parlament abgelehnt worden. Das erste Mal wurden für denselben nur etliche 20 Stimmen abgegeben, das zweite Mal, am 23. März 1892, stimmte eine ganz bedeutende Minorität für den gesetzlichen Achtstundentag, indem 160 Stimmen für und 272 Stimmen gegen denselben abgegeben wurden. Gladstone entging damals bei den Wahlen nur dadurch mit knapper Not einer Niederlage, daß er im letzten Augenblick noch eine den Arbeitern entgegenkommende Erklärung abgab.

Doch kehrte im neuen Parlament der Antrag des achtstündigen Maximalarbeitstages für Bergleute anfangs des Jahres 1893 wieder. Die diesbezügliche Vorlage wurde von den Abgeordneten Sir Charles Dilke, Lord Randolph Churchill, Storey u. a. eingebracht.

Nach den Bestimmungen dieser Bill darf niemand innerhalb eines Tages in einem Bergwerk unterirdisch länger als acht Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt beschäftigt werden. Nur bei Unfällen sind Ausnahmen von der Regel gestattet. Im Falle der Über-

treten derselben soll der Unternehmer oder dessen Agent mit einer Geldstrafe, die 40 sh nicht übersteigen darf, belegt werden. Am 3. März 1893 empfing der Premierminister Gladstone eine Abordnung von 70 Personen, unter ihnen die Parlamentsmitglieder Piccard, Dilke, Burns, Tillet u. a., die in mehreren Reden die Notwendigkeit der Einführung des gesetzlichen Nachtstundentages für Bergarbeiter nachdrücklich hervorhoben.

Gladstone zeigte sich demselben nicht abgeneigt, wies aber darauf hin, daß, solange unter den Arbeitern selbst keine größere Einmütigkeit in Bezug auf diese Frage bestehe, die Regierung nichts thun könne.

Zwei Monate später, am 3. Mai, fand im englischen Unterhause die zweite Lesung der von Storey, Dilke u. a. beantragten Nachtstundenbill für Bergleute statt. Bei der Abstimmung wurden dieses Mal — im Gegensatz zu früher — 279 Stimmen für und 201 Stimmen gegen die Bill abgegeben, die Bill war somit in der zweiten Lesung angenommen¹. Gladstone erklärte aber, daß, falls er für die dritte Lesung der Bill stimmen solle, die Vorlage dahin abgeändert werden müsse, daß das Gesetz in den Distrikten, in welchen die Majorität der Bergleute gegen dasselbe sei, nicht in Kraft trete, und ferner, daß die Geldstrafe nicht ausschließlich für die Unternehmer beschlossen werden solle. Durch die erste Klausel glaubte Gladstone den Widerstand der Northumberlander und Durhammer Bergleute gegen das Gesetz zu brechen.

¹ Hansard, Parliamentary Debates, Vol. XI, 1893, p. 1841—1900.

III. Schluß.

Eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Ausführungen ergibt folgendes:

Auf Grund tatsächlicher Mißstände bildete sich aus kleinen Anfängen allmählich eine Bewegung der Arbeiter zu Gunsten einer Kürzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter heraus (— nachdem eine Kürzung der Arbeitszeit für Kinder, jugendliche Personen und Frauen bereits vor kürzerer oder längerer Zeit erfolgt war —), die heute für das gesamte wirtschaftliche und politische Leben der Staaten von Bedeutung ist. Mit der Zunahme des äußeren Umfanges dieser Bewegung ging Hand in Hand eine Steigerung der Forderungen der Arbeiter. War es zunächst nur ein Verlangen nach einer Verkürzung der anfänglich überaus langen Arbeitszeiten, die sich manchmal, wie in England, bis auf zwanzig Stunden täglich beliefen, so wird heute, nachdem bereits eine beträchtliche Reduktion der Arbeitszeit eingetreten ist, eine solche von acht Stunden fast allgemein von Seiten der Socialdemokratie in allen Staaten für alle Arbeiter gefordert.

Das Bestreben der Arbeiter, durch eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen, entbehrt nicht der Berechtigung. Wir sahen auch, daß eine mäßige Verkürzung der Arbeitszeit aus wirtschaftlichen Gründen unter Umständen möglich, ja sogar wünschenswert erscheint.

Dagegen würde eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die gleichzeitig in allen Staaten und allen Industriezweigen vorgenommen würde, sehr verschiedene wirtschaftliche Folgen haben. Dieselben werden günstige oder ungünstige sein, je nachdem die Arbeitszeiten in dem betreffenden Staate oder Industriezweige gegenwärtig kurze oder lange sind.

Aus gesundheitlichen Gründen erscheint eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden für manche Industriezweige in allen Staaten unbedingt geboten und erstrebenswert, wenngleich keineswegs für alle Berufsarten.

Aus kulturellen Gründen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden in mancher Hinsicht wünschenswert, jedoch nur dann, wenn der Lohn des Arbeiters durch sie keine Reduktion erfährt.

Am glücklichsten würden nachteilige Folgen vermieden werden mit der Einführung eines Maximalarbeitstages, der in den einzelnen Staaten länger oder kürzer sein müßte, je nachdem die Arbeitszeiten in denselben länger oder kürzer sind. Innerhalb der einzelnen Staaten müßte wiederum eine Differenzierung der Arbeitszeiten für die verschiedenen Industriezweige eintreten, indem für besonders schwere und gesundheitsgefährliche Berufsarten eine kurze Arbeitszeit, für die leichteren und weniger gesundheitsgefährlichen eine längere Arbeitszeit vorgeschrieben würde. Dabei müßte jedoch die Länge der in den verschiedenen Industriezweigen bisher bestehenden Arbeitszeiten immer berücksichtigt und etwaige große Sprünge in der Kürzung der Arbeitszeit möglichst vermieden werden.

Zur Einführung der geplanten Reformen ist als der einfachste und sicherste Weg der der Gesetzgebung zu empfehlen.

Der Durchführung von Maximalarbeitszeiten im eben erwähnten Sinne werden sich die Staaten auf die Dauer nicht entziehen können. Denn an ein Verschwinden der Bewegung zu Gunsten einer Verkürzung der Arbeitszeit wird um so weniger zu denken sein, als sie bis zu einem gewissen Grade innere Berechtigung hat. Und tatsächlich sind von einzelnen Staaten die ersten Schritte zur Durchführung von Reformen, die sich in der angegebenen Richtung bewegen, unternommen worden.

In England hat soeben eine zur Feststellung der Arbeitszeiten in den einzelnen Industriezweigen eingesetzte Kommission (Royal Commission on Labour) ihre Arbeiten beendet. Auf Grund der gesammelten Resultate wird man eine Beschränkung der Arbeitszeit im Laufe der Zeit in den einzelnen Industriezweigen vornehmen können.

Überhaupt sind die Aussichten auf eine Verminderung der täglichen Arbeitsstunden für die englische Arbeiterschaft günstig. Da ihre Arbeitszeit schon gegenwärtig eine verhältnismäßig kurze ist, so läßt sich sogar die baldige Durchführung des Achtstunden-

tages für eine ganze Reihe von englischen Industriezweigen erwarten. Am ehesten dürfte seine Einführung erfolgen für die Arbeiter, für welche sie in dem Entwurf der „Fabian Society“ bedingungslos gefordert wird. Es ist dies um so eher zu erwarten, als die leitenden englischen Staatsmänner den Forderungen der Arbeiter gegenüber eine wohlwollende Stellung einnehmen. Dafür spricht wenigstens die im Jahre 1894 erfolgte Einführung des Achtstundentages in den staatlichen Arsenalwerkstätten seitens des Kriegsministers und in den Admiralitätswerkstätten seitens des Marineministers¹. Und auch für die Bergleute den Achtstundentag gesetzlich einzuführen, hat sich vor drei Jahren die Regierung, an deren Spitze damals noch Gladstone stand, ernstlich bemüht. Auch ist ein diesbezügliches Gesetz in zweiter Lesung im Mai des Jahres 1893 im englischen Unterhaus angenommen worden. Dasselbe hätte sicherlich Gesetzeskraft erhalten, hätten sich nicht bald nachher die Konjunkturen im Kohलगewerbe so überaus ungünstig gestaltet. Wird aber die Preisbildung für die Kohlen wiederum eine günstigere, so wird auch der Achtstundentag für die Bergleute gesetzlich eingeführt werden, zumal da der gegenwärtige Sekretär des parlamentarischen Komitees, Woods, energisch für denselben eintritt.

Wenn aber erst für die zunächst in dem Entwurf der „Fabian Society“ in Betracht kommenden Arbeiter der Achtstundentag eingeführt ist, dann wird man weiter gehen und auf Grund der von der Royal Commission on Labour gesammelten Erfahrungen den Achtstundentag auch für die Gewerbe einführen, in denen die bisherige Arbeitszeit nicht viel länger als acht Stunden ist, während man für die anderen Industrien wenigstens eine Reduktion der Arbeitszeit vornimmt.

Es ließe sich denken, daß man auf diesem allmählichen Wege weitergeschritte, bis im Laufe der Zeit auch für die am wenigsten schutzbedürftigen Gewerbe der Achtstundentag eingeführt ist.

Dem Vorgehen Englands würden sich die anderen mit England konkurrierenden europäischen Industriestaaten anzuschließen gezwungen sehen und auch ihrerseits die Arbeitszeit zu kürzen suchen. Und in der That ist bereits Deutschland dem Beispiele Englands gefolgt, indem es eine Kommission für Arbeiterstatistik eingesetzt hat, die die Länge der in den einzelnen Berufen üblichen

¹ Vgl. oben S. 31 u. 32.

Arbeitszeiten genau festzustellen und dem Reichskanzler ihr Gutachten in Bezug auf die einzuführende Beschränkung der Arbeitszeit einzureichen hat. Zunächst steht in Deutschland die Einführung eines Maximalarbeitstages für das Bäckergerwerbe zu erwarten.

Wie lange es freilich dauern wird, bis in einem Staate auch für die unter den günstigsten Bedingungen arbeitenden Gewerbe der Achtstundentag eingeführt wird, läßt sich zur Zeit nicht sagen und hängt ganz von der volkswirtschaftlichen Entwicklung desselben ab.

Sicher ist nur, daß es niemals möglich sein wird, mit einemmal einen allgemeinen Maximalarbeitstag für alle Staaten einzuführen, mag er nun acht Stunden, eine längere oder kürzere Dauer haben, ohne die verschiedene wirtschaftliche Entwicklung in denselben zu berücksichtigen.

Es hieße dies der Volkswirtschaft eines Staates einen Zwang anthun, der am schwersten die Arbeiter treffen würde, deren materielle Lage am ungünstigsten ist. Denn nicht im entferntesten würde man bei einer mechanischen Behandlung der Frage der Arbeitszeitkürzung zu erwarten haben, daß die Reservearmee der beschäftigungslosen Arbeiter Anstellung fände. Die langen Arbeitszeiten, wie sie in manchen Staaten bestehen, sind wohl zum Teil, doch keineswegs ausschließlich die Ursache der Arbeitslosigkeit. Sie müßte sonst in Staaten mit kurzen Arbeitszeiten, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika am geringsten sein. Und doch ist dies nicht der Fall. Die Arbeitslosigkeit hat vielmehr einmal ihren Grund in den der kapitalistischen Produktion eigentümlichen scharfen Krisen und ist als solche ein Uebel, wie die Krise selbst, dem nur durch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit begegnet werden kann¹. Sodann ist sie zurückzuführen auf den starken Andrang der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industrie, da infolge zu scharfer ausländischer Konkurrenz den landwirtschaftlichen Arbeitgebern es nicht ermöglicht wird, ihren Arbeitern so hohe Löhne zu gewähren, daß sie der Landwirtschaft erhalten werden; ferner in einer, keiner anderen Klasse der Gesellschaft eigenen maßlosen Kindererzeugung und schließlich in einer zu mangelhaften

¹ Vgl. A. Dreyler, Das Recht auf Arbeit und die Arbeiterversicherung, Basel 1894, S. 34—36. — Ferner Schitowski, Über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenstatistik, Leipzig 1894, S. 29—33. Schitowski schlägt zur Krisenversicherung vor, Arbeitslosenkassen unter öffentlicher Verwaltung zu errichten. Eine solche Arbeitslosenkasse besteht in der Stadt Bern seit dem 1. März 1893.

Befriedelung der Schutzgebiete durch inländische Arbeiter mit Unterstützung des Staates. Durch geeignete staatliche Maßnahmen würde der aus diesen Gründen hervorgerufenen Arbeitslosigkeit zum Teil gesteuert werden können.

Zimmerhin wäre es denkbar, daß die beschäftigungslosen Arbeiter bei einer starken Reduktion der Arbeitszeit Anstellung fänden, nämlich in dem Falle, daß infolge der Auswanderung des Kapitals die Unternehmer sich gezwungen sehen, den Ausfall in der Produktion lediglich durch Mehranstellung von Arbeitskräften zu decken; da dies aber ein Sinken der Löhne zur Folge hätte, so würde der Zweck der Kürzung der Arbeitszeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern, gänzlich verfehlt werden.

Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter läßt sich überhaupt nicht ausschließlich durch eine Kürzung der Arbeitszeit herbeiführen, sondern nur zum Teil und zwar wird sie allmählich vor sich gehen müssen, entsprechend der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität, infolge der Fortschritte der Technik, des Arbeitsgeschickes und der Arbeitsintensität¹. Nicht minder aber, wie durch eine Verringerung der Arbeitsstunden, wird das Niveau des Arbeiterstandes sich heben durch das mit fortschreitender Kultur stetige Steigen der Löhne auf Kosten des Kapitalgewinnes.

Eine plötzliche und schablonenmäßige für alle Staaten gleichzeitig vorgenommene Einführung des Achtstundentages dagegen, wie sie in der Forderung des allgemeinen gesetzlichen Achtstundentages uns entgegentritt, wird für die Arbeiter nichts weniger als vorteilhaft sein.

¹ Schäffle, Deutsche Kern- und Zeitfragen, Berlin 1894, S. 373.

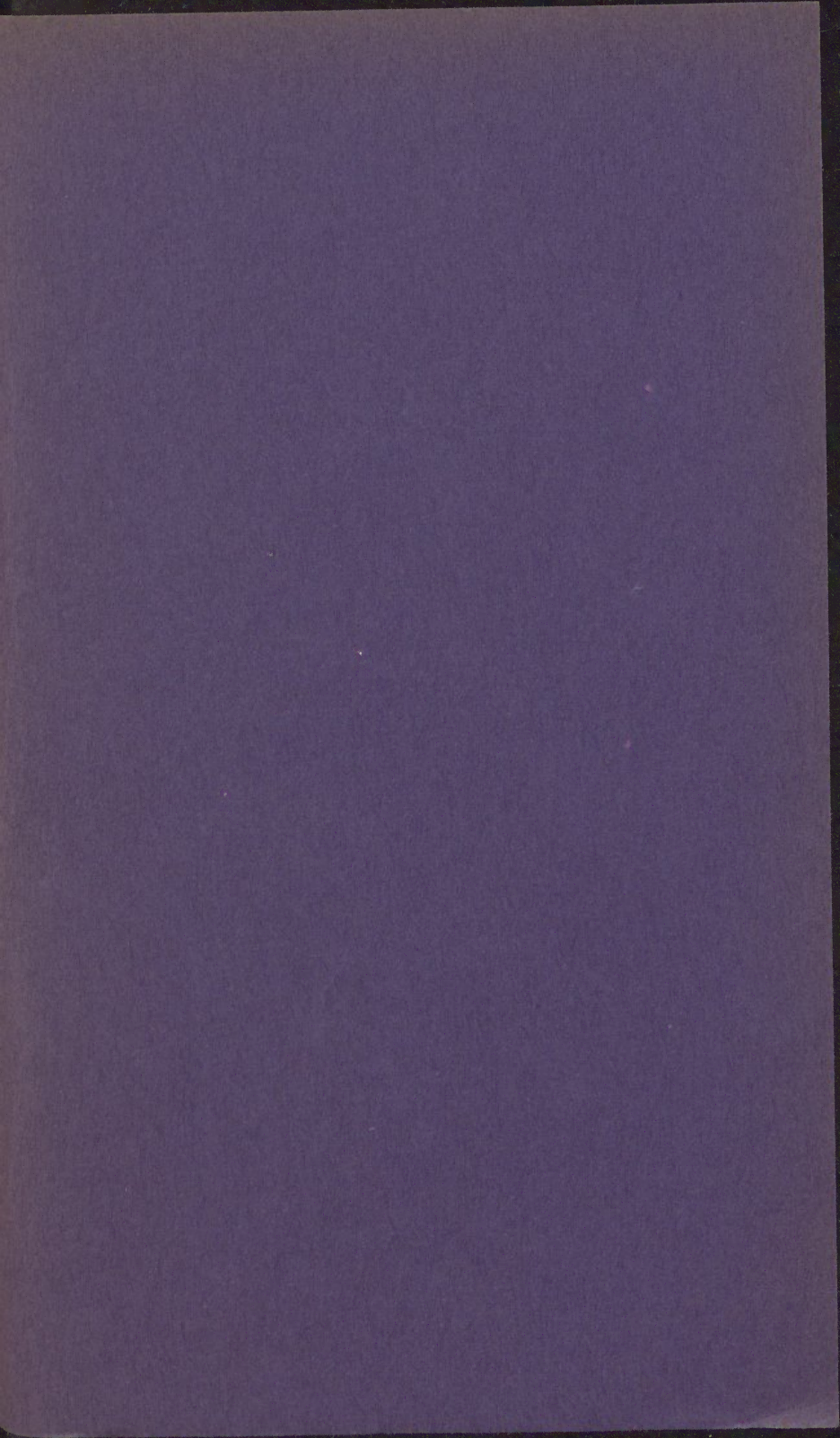
V I T A.

Geboren am 23. Juni 1870 zu Borna, evangelisch-lutherischer Konfession, besuchte ich das Realgymnasium meiner Vaterstadt, das ich nach Erlangung des Zeugnisses der Reife zu Ostern 1890 verließ. Im Juni desselben Jahres bezog ich die Universität Leipzig und widmete mich daselbst bis zum Sommer 1895 dem Studium der Staatswissenschaften. Während dieser Zeit hörte ich Vorlesungen folgender Herren Professoren: v. Miaszkowski, Fricker, Lamprecht, Bücher, Roscher, Haffke, Brentano, Heinze, Windscheid, Sohm und Friedberg. Außerdem nahm ich noch drei Semester an den Übungen im staatswissenschaftlichen Seminar des Herrn Geheimrat Professor Dr. von Miaszkowski teil.

Für die reiche Belehrung und freundliche Förderung meiner Studien sei es mir gestattet, allen verehrten Herren Professoren, besonders aber dem Herrn Geheimrat Professor Dr. von Miaszkowski, hiermit öffentlich meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Leipzig, im April 1896.

Friedrich Bernhard Rost.





206\$07963092